

Demographie

Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Demographie e.V. (DGD)
Jahrgang Nr. 1, Ausgabe Nr. 2 (Juli 2002)

Zum Verständnis von Demographie heute

In einem Leitartikel zur ersten Nummer der „Mitteilungen“ der neu gegründeten Gesellschaft für Demographie hat sich Rainer Mackensen, einer der kritischen Senioren unserer Wissenschaft, zum Thema „Demographie in Deutschland“ geäußert, den der Verfasser des vorliegenden Beitrags, der sich über 50 Jahre mit Bevölkerungsfragen beschäftigt hat und auch 11 Jahre Vorsitzender der vorangegangenen Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft war, gerne ergänzen möchte.

Gewiss erschöpft sich „*Demographie*“ nicht in den Methoden und Ergebnissen der Bevölkerungsstatistik, auch, wenn ich dafür fast 30 Jahre in verantwortlicher Stellung tätig war. Recht verstanden hat der Demograph auch die Ursachen und Wirkungen der demographischen Erscheinungen wie Stand, Entwicklung und Struktur der Bevölkerung sowie ihrer räumlichen Verteilung, das generative Verhalten, die Sterblichkeit und die räumliche Bevölkerungsbewegung, ferner die Berührungspunkte zu Haushalt und Familie und auch Randgebiete der Erwerbstätigkeit zu untersuchen. Auch für Bevölkerungsvorausschätzungen wird er nicht zu entbehren sein. Er wird sich dabei allerdings immer bewusst sein müssen, dass er für solche Aufgaben auf die Mitwirkung der Spezialisten aus anderen Disziplinen angewiesen ist. Es sei denn, er spezialisiert sich selber, wie das im Laufe der Zeit bei vielen Demographen immer wieder geschehen ist. Geschieht das nicht, entsteht leicht die Gefahr des Dilettantismus der „Generalisten“. „Bevölkerung“ spielt fast überall eine Rolle. Daraus sollten wir aber nicht den Anspruch ableiten, für alles zuständig zu sein. Vermeiden wir das nicht, geraten wir leicht in eine Lage, in der wir für nichts mehr zuständig sind. Wir sollten uns aber auch nicht davor scheuen, bevölkerungspolitische Verantwortung zu übernehmen, was offenbar den Wirtschafts- und Sozialpolitikern viel leichter fällt.

Es gab selten eine Zeit, in der die Demographen (im weitesten Sinn) so gefragt waren wie heute. Doch machen wir auch heute wieder die Erfahrung, dass man uns zwar interessiert zuhört, dann aber mit der Überzeugung von dannen geht, es wird schon nicht so schlimm werden. „Kommt Zeit, kommt Rat“. Wir sollten uns nicht davon entmutigen lassen, dass Warnungen von heute mit den gleichen Inhalten schon vor 30 Jahren ausgesprochen und geschrieben worden sind. So lange dauert es offenbar, bis wichtige Bevölkerungsfragen die gebührende Resonanz finden. Das sollte aber kein Grund sein, die Geduld zu verlieren.

Karl Schwarz, Wiesbaden

Ursprünge des Begriffs »Demographie«

Wenn gegenwärtig Veranlassung besteht, über »Demographie« als Wissenschaft neu nachzudenken, so sollte man sich darüber informieren, welcher Inhalt diesem Begriff bisher zugeordnet wurde – abgesehen von der vereinfachenden Unterscheidung einer »internationalen« Bezeichnung gegenüber dem »nur im deutschen Sprachgebrauch üblichen« Ausdruck »Bevölkerungswissenschaft«. Viele Kollegen haben sich Gedanken darüber gemacht, wie sie das von ihnen gepflegte Wissenschaftsgebiet benennen wollten; sie verbanden damit auch ein Aufklärungsanliegen und ein Forschungsprogramm. Uns ist die Bezeichnung »Demographie« als Fachgebietsname übergestülpt worden, einfach als Schnittmenge aus den Namen zweier Gesellschaften, von

Inhaltsverzeichnis

Thema	Seite
<i>Herwig Bürg</i> Schrumpfen oder standhalten?	5
Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik im "Dritten Reich" Tagung in Berlin-Dahlem vom 30.11.-1.12.2001	6
Zwischen Alterung, Bevölkerungswachstum und -rückgang—Der demographische Wandel vollzieht sich im Raum 1. Tagung des Arbeitskreises "Städte und Regionen" i.G am 22. März 2002 in Berlin	14
<i>Max Wingen</i> Möglichkeiten und Grenzen einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik"	16
Was das neue Zuwanderungsgesetz will	18
<i>Annette Ramelsberger</i> In Grimmen wandern ganze Schulklassen in den Westen ab Wo Altersheime die Zukunft sind	19
<i>Bernadette Calonego</i> Ein Land sucht Bürger	20
Hohe Arbeitslosigkeit trotz schrumpfender Bevölkerung	21
<i>Gerhard Gröner</i> Zur Entwicklung von Eheschließungen und Ehelösungen, Altersstruktur der Heiratenden und nichtehelich Lebendgeborenen in Bayern	22
Termine	24
Impressum	24

denen die eine – scheinbar – einen zu spezifisch »deutschen«, die andere einfach den »international üblichen« Namen verwendete. Die Verbindung zu dem allseits verehrten Johann Peter Süßmilch hat weder mit dem einen noch mit dem anderen Fachgebiet viel zu schaffen, wiewohl er die Wurzeln beider maßgeblich geprägt hat.

Der Begriff »Demographie« wurde bekanntlich von Achille Guillard (1855) eingeführt¹, und zwar im Titel einer Beschreibung der »Éléments de statistique humaine ou démographie comparée«. Lorimer, l.c., schreibt dazu: „Owing to the fact that in the nineteenth century intensive investigations in this field were mainly concerned with mortality and life expectations, the word »demography« came to be primarily associated with vital statistics ...“ Schon damals war offenkundig der Name des Faches unklar und strittig, und es hatte die Suche nach einer neuen Bezeichnung eingesetzt. Es sei daran erinnert, dass Guillard das von ihm umrissene Fachgebiet der „menschlichen Statistik oder Demographie“ ganz im Sinne Quetelets – also der „physique social“, aber nicht in dem von Auguste Comte eingeführten Sinne – definierte, also beispielsweise einschließlich der „zoologischen Anthropologie (Anthropometrie und Somatologie)“².

Die Unsicherheit war wegen des spektakulären Erfolges der Bemühungen von Adolphe Quételet entstanden, seine »Physique social« zu verbreiten, die ja nun etwas ganz anderes wollte und war als das bis dahin unter der Bezeichnung »Statistik« gebräuchliche Fachgebiet. Er regte als Präsident des Nationalen Belgischen Amtes für Statistik 1853 die Gründung eines »Internationalen Statistischen Kongresses« an, der auch bis 1878 etwa zwei- bis dreijährlich an verschiedenen Orten stattfand. Aus Anlass des zweiten dieser Kongresse trug Guillard seinen Bezeichnungs-Vorschlag vor.

1876 tagte dieser Kongress in Budapest.³ An der Wahl des Ortes und an der dortigen kritischen Diskussion war ohne Zweifel der ungarische Statistiker József Körösy (1844-1906) maßgeblich beteiligt. Seit Gründung des Hauptstädtischen Statistischen Amtes 1869 in Budapest war Körösy dessen Direktor bis zu seinem Tode; er »errang als einer der Bahnbrecher der modernen Sozialhygiene Weltruf. Ein großer Teil seines Lebenswerkes bezieht sich auf sozialhygienische Probleme, die er vor allem mit den Methoden der Statistik und Demographie erforschte.«⁴ Gerade 1882 äußerte sich Körösy auf dem Genfer demographischen Kongress eingehend zur Position der Demographie⁵, dann wieder 1891. 1877 erschien sein Aufsatz »De l'influence de l'habitation sur les causes des décès et sur la durée de la vie« in den Annales de démographie internationale.⁶ Darin begründet er die Notwendigkeit der Benennung (p. 398f):

„Die Heterogenität der unter diesem Begriffe [der Statistik] vereinigten Kenntnisse, ..., führte seit Knies endlich dazu, diese Wissenschaft als eine Hilfsdisziplin der historischen und politischen Wissenschaften zu betrachten; da dieser aber ein einheitlicher wissenschaftlicher Charakter nicht zuerkannt werden konnte, wurde ihr auch das Recht, den Namen Statistik zu führen, abgesprochen und dieselbe von nun ab lieber als Staatenkunde bezeichnet. Da jedoch dadurch, dass man eine Staatswissenschaft und eine logische Operation mit demselben Namen bezeichnete, vielfache

Missverständnisse und Unklarheiten in die Welt gesetzt wurden, war es vollkommen berechtigt, dass man für die letztere einen eigenen Namen, nämlich den der numerischen (besser quantitativen) Methode in Aufnahme brachte.

Überblickt man aber die Menge der durch diese Methode gewonnenen neuen Einsichten, so findet sich, dass dieselben in ihrem anthropologischen Teile eine Reihe solcher Kenntnisse enthalten, die einerseits infolge ihrer Homogenität und ihres inneren Zusammenhanges, andererseits infolge des Umstandes, dass dieselben sich nicht gut innerhalb des Rahmens der bereits anerkannten Wissenschaften unterbringen lassen, mit Recht darauf Anspruch erheben können, als eigene, selbständige Wissenschaft anerkannt zu werden. Diese Kenntnisse, ..., hat man mit dem Namen der Demologie oder Demographie bezeichnet.⁷ ...

Wir finden unter diesem Titel nämlich folgende Themen behandelt:

- Anthropometrie. ... Somatologie. ...
- Stand der Bevölkerung ...
- Berufs- und Gewerbestatistik.
- Sonstige wirtschaftliche Statistik ...
- Sozialstatistik
- Kulturstatistik
- Moral- und Kriminalstatistik ...
- Öffentliche Wohlthätigkeit
- Hygienische Statistik ...
- Gefängnisstatistik ...
- Gebäudestatistik. Wohnungsverhältnisse.
- Ehestatistik. Geburten, Fruchtbarkeit, Sexualität, Sterblichkeit, Todesursachen, Epidemien, Selbstmorde.
- Einwanderung und Auswanderung etc.

.... Die Demographie ist nahe dran, der schrankenlosen Ubiquität zu verfallen, welche man der alten Statistik mit Recht zum Vorwurf gemacht hat.“

Eine enge Verbindung der Demographie zur Medizin und Anthropologie bestand auch über den Schwiegersohn Guillaards, Louis-Adolphe Bertillon⁸, der eine wichtige Rolle bei der Organisation und Durchführung der internationalen statistischen Kongresse spielte und dabei wie Quételet wichtigen Einfluss auf die Schaffung internationaler Netzwerke der Bevölkerungsforscher und Statistiker ausübte.

Man kann demnach davon ausgehen, dass sich die Bezeichnung »Demographie« um 1890 durchgesetzt hatte, allerdings in einem breiten und eng an die Bedürfnisse der Sozialhygiene angelehnten Verständnis. Das unterscheidet sie von der »Bevölkerungslehre«, wie sie von Nationalökonomern vertreten wurde. Die damalige Unterscheidung wird auch in der Definition deutlich, die Körösy im weiteren Verlauf seines Aufsatzes trifft:

„Die Demologie oder Demographie ist uns demnach die Lehre von den physikalischen Erscheinungen im geselligen Leben der Menschheit, infolge dessen diese Wissenschaft auch als soziale Biologie bezeichnet werden könnte. Der Unterschied gegenüber der Statistik wird schon dadurch hervorgehoben, dass diese als eine politische, die Demologie aber als eine anthropologisch-

physische Wissenschaft aufzufassen ist.“

Bei ihm jedenfalls besteht die Neigung, die Demographie in die Naturwissenschaften einzuordnen und folgerichtig auch der Biologie zuzurechnen, während er die Statistik der Nationalökonomie beigesellt.⁹

Als der »Internationale Statistische Kongress« 1878 seine Tätigkeit mit der Pariser Sitzung seiner Permanenzkommission einstellen musste, wurde „auf Betreiben Bertillons und Chervins ein Kongress für »Démographie et Géographie médicale« nach Paris einberufen. Dieser Demographische Kongress konnte wegen der schon durch seinen Namen gekennzeichneten speziellen Umgrenzung seines Aufgabenbereiches den Statistischen Kongress jedoch nicht ersetzen.“¹⁰ Der »Internationale Kongress für Hygiene und Demographie« sollte den »Internationalen Statistischen Kongress« ablösen. Er führte diesen Namen „seit seiner Vereinigung mit dem bereits vor ihm bestandenen internationalen hygienischen Kongress (i. J. 1882)“¹¹. Seine Traditionen wurden einerseits vom »Internationalen Statistischen Institut« (ISI), andererseits von der IUSIPP fortgeführt.

Es spricht manches dafür, dass der »Internationale Kongress für Hygiene und Demographie« bereits 1876 in Budapest konzipiert worden war; er wurde 1878 in Paris förmlich etabliert¹² und tagte „dann in Verbindung mit dem hygienischen Kongresse 1882 in Genf und darauf alle drei bis vier Jahre in anderen europäischen Hauptstädten“ 15 mal bis 1912. Der neue Kongress „hat den Zweck, die gesamten hygienischen und demographischen Bestrebungen in wissenschaftlicher und praktischer Hinsicht zu fördern ... Der Kongress gliedert sich in 8 Sektionen, von denen 7 die Hygiene, die VIII. die Demographie zum Gegenstand haben.“¹³

Es sind dieselben Akteure, die in der internationalen Kooperation der Statistik den ersten internationalen Verband auflösten und ihn in einen zweiten, schließlich einen dritten – das noch heute bestehende ISI – überführten. Für den zweiten Verband 1876-1912 ist kennzeichnend, dass in ihm das Interesse an der Sozialhygiene im Vordergrund steht und die Demographie als notwendige Hilfswissenschaft einbezogen wird. Bereits 1885 löst sich daraus das ISI und konkretisiert seine Zuständigkeit für »Statistik« (mindestens bis 1930 in dem traditionellen, »staatswissenschaftlichen« Verständnis); erst 1928 findet die Demographie in der IUSIPP eine eigenständige internationale Organisation, weiterhin in enger Fühlung mit der Medizin und nun auch mit der Vererbungslehre und Eugenik, allerdings unter der Bezeichnung der „scientific investigation of population problems“. Noch nach dem II. Weltkrieg bezeichnen die UN ihre entsprechenden Aktivitäten unter diesem Terminus; die internationalen wie die nationalen Gesellschaften und Institute¹⁴ folgen zunächst diesem Sprachgebrauch. Auch für Philip M. Hauser und Otis D. Duncan ist »demography« (1959) noch ein fast synonyme Unterbegriff für die »study of population«. Man kann unterstellen, dass im angloamerikanischen Sprachgebrauch in dieser Zeit und zunehmend „population“ als Gegenstand und Thema, „demography“ als die wissenschaftliche Beschäftigung damit begriffen wird. Hauser und Duncan definieren: „Demography is the study of the size, territorial distribution, and composition of population, changes therein, and the components

of such changes, which may be identified as natality, mortality, territorial movement (migration), and social mobility (change of status).“ Aber sie fügen alsbald hinzu: “The apparent confusion arising from the fact that both demographers and non-demographers study human populations in relation to other systems of variables is dissipated if one distinguishes between »demographic analysis« and »population studies«. Demographic analysis is confined to the study of components of population variation and change. Population studies are concerned not only with population variation but also with relationships between population changes and other variables – social, economic, political, biological, genetic, geographical, and the like.”¹⁵

Die Verknüpfungen zwischen Sozialhygiene und Demographie stammen also aus dem letzten Drittel des 19ten Jahrhunderts; auch eine Verbindung mit Anthropologie und sogar Anthropometrie bestand bereits damals; von einer vor dem I. Weltkrieg allein durch die Volkswirtschaftslehre betreuten Sachgebiet kann keine Rede sein.¹⁶ Aus dieser Verbands- und Begriffsgeschichte ergibt sich eine Verbindung zwischen Gesundheitsbewegung, Hygiene und Demographie¹⁷ zumindest seit 1870; diese diente als Instrument zur sozialen Differenzierung der Beobachtungen über „Volkskrankheiten“. Die Verwendung bevölkerungsstatistischer Daten war in diesem Zusammenhang einfach, die Aufbereitung bescheiden. In diesem Sinn wurde sie auch von Alfred Grotjahn eingesetzt¹⁸ und so von Hans Harmsen aufgegriffen sowie von Alexander Elster, Schriftleiter Handwörterbuchs der Staatswissenschaften, Jurist und Neffe von Ludwig Elster, propagiert; seine „Sozialbiologie“ ist der Tradition einer der Sozialhygiene benachbarten „Demographie“ zuzuschreiben. Er spricht 1923 (p. 71) allerdings von „Bevölkerungswissenschaft“: »Bevölkerungswissenschaft ist ein aus der Nationalökonomie (Sozialökonomie) stammender Ausdruck. Er schied sich in Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik Es war vorwiegend quantitative Bevölkerungspolitik, Bevölkerungslehre als die Theorie der Bevölkerungswissenschaft ist demgegenüber verhältnismäßig jungen Datums, ... Für beide aber – die theoretische wie die praktische Bevölkerungswissenschaft, d. h. für Bevölkerungslehre und -politik – war die Bevölkerungsstatistik Grundlage und Rohstoff.«

Der ältere Begriff Demographie ist nicht identisch mit der differenzierten demographischen Modelllehre, die später unter demselben Terminus geführt wurde¹⁹. Als diese wurde sie unter der Bezeichnung Demographie dann insbesondere vom INED (gegr. 1945 von Adolphe Landry) und zumindest seit 1961 dort von Roland Pressat autoritativ vertreten²⁰. In den USA wird sie derart spätestens seit Donald J. Bogue's Gründung einer Zeitschrift 1960 unter dieser Bezeichnung geführt.

Es bleibt zu erwarten, welcher Definition des Faches sich die Mitglieder der neuen Gesellschaft anschließen wollen. Die alte, internationale wie deutschsprachige Bedeutung der Bezeichnung aus dem Umkreis der Sozialhygiene hätte eine gewisse, aber auch eine riskante Aktualität. Die neue, internationale, französische und amerikanische Bedeutung wird offenbar von vielen Mitgliedern als zu eng für das angestrebte Arbeitsgebiet verstanden. Die aus der deutschen staatswissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen Tradition

on stammende Bezeichnung einer »Bevölkerungswissenschaft« hätte noch immer ihre Vorteile.

Quellenverzeichnis:

- 1 Lorimer 1959, 159, 169 (Lit.); Sauvy 1959, 180; Pressat 1985, 54.
- 2 Die erwähnten Ausdrücke verwendet Körösy, siehe unten, l.c.
- 3 v. Brocke 1998, p. 307; s. Zahn, Friedrich 1936, p. 237, 241.
- 4 L. Remete ²1980, p. 219f.
- 5 So in einer Fußnote, p. 397, des Aufsatzes von 1891.
- 6 Die Annalen waren das Organ des Internationalen Kongresses.
- 7 ... Für die Anerkennung dieses Wissensstoffes trat zuerst Dr. **Engel** in die Schranken, der aber hierfür zugleich den Namen der Demologie empfahl, den auch wir der populären Bezeichnung Demographie deshalb vorziehen, weil dieser Name mehr auf eine rein beobachtende und beschreibende Thätigkeit, Demologie aber auf den systematischen Zusammenhang und auf die Erforschung von Kausalzusammenhängen hinweist. ... Gegenwärtig begegnen wir dieser Bezeichnung in allen Literaturen; am spätesten vielleicht in der englischen, in welcher aber der Ausdruck Demographie seit dem daselbst abgehaltenen letzten demographischen Kongresse [1891 in London] ebenfalls Aufnahme gefunden hat.
- 8 Ihm bot Broca bereits 1859 einen Lehrstuhl für Demographie an seiner neu gegründeten Schule „Ecole d'Anthropologie“ an (siehe Cole 2000, S. 78; Cole verweist hierbei auf Libby Schweber).
- 9 Horvath (l.c. unten) erwähnt Körösy nicht. Zum einen hat sich Körösy nicht zur Malthus-Doktrin geäußert, die Horvath abhandelt; zum anderen gehört Körösy eben nicht zu den ökonomisch orientierten Statistikern, welche Horvath besonderes Studienobjekt bilden, sondern zu den hagiologisch orientierten.
- 10 Zahn 1909, S. 886f.
- 11 Zahn, dortselbst.
- 12 Wirminghaus 1907, 995.
- 13 Wirminghaus 1907, 995; dort weiter: „Eine ständige Einrichtung besitzt der Kongress in seiner »Permanenten Internationalen Kommission«, die aus einem Präsidenten (Rubner – Berlin), 2 Vizepräsidenten (Roux –Paris, North – Washington), dem Generalsekretär (Nietner – Berlin) und ordentlichen Mitgliedern – 33 in der Abteilung Hygiene und 11 in der Abteilung Demographie, in letzterer vornehmlich statistische Experten – besteht.“
- 14 z. B. Population Association of Amerika; Office of Population Research, Princeton, gegr. 1936; Population Research and Training Center, Chicago.
- 15 Hauser u. Duncan, p. 2, l.c.; comp. p. 33, u. Lorimer, l.c., 158f.
- 16 Auch die weit verbreitete These von Robert Horvath (1972, 284), einem Kenner der ungarischen Geschichte der Statistik und Demographie, bedarf danach der Ergänzung: »However, the incorporation of the Malthusian theory into international economic literature represented mere lip-service to economic tradition, the population problem playing no essential role in the marginal theory, and only a minor one in welfare economics [see Schumpeter ³1959, 889f]. The investigation of the interrelations between economic and population problems was shifting to the new autonomous discipline of demography, firmly established at the beginnings of the XXth century.«
- 17 Die Entwicklung beschreibt bereits 1914 Burchard von Schrenck (zit. bei A. Elster, 1923, p. 257f.)
- 18 Der 1902 die bibliographischen »Jahresberichte für Sozialhygiene und Demographie« (er wählte diese Bezeichnung ausdrücklich in Anlehnung an den Namen der internationalen Kongresse), dann seit 1906 die (ab 1914 so genannte) »Zeitschrift für Sozialhygiene und Demographie« herausgab und (mit anderen) bis 1934 führte.
- 19 Wilhelm Winklers wie Hannes Hyrenius' Versuche, dafür Demometrie einzuführen, schlugen fehl.
- 20 Alfred Sauvy unterscheidet 1959 (p. 185) nach den Ausbildungserfordernissen: „If one takes the word demography in the

narrow sense, training for demography requires mathematical instruction as a foundation. ... Demographers, in the broader sense of the word, are trained by other means: political economy (...), geography and sociology (...), etc.“

Weitere Quellen:

- Brocke, Bernhard vom 1998: *Bevölkerungswissenschaft Quo vadis? Möglichkeiten und Probleme einer Geschichte der Bevölkerungswissenschaft in Deutschland – mit einer systematischen Bibliographie*, Opladen: Leske u. Budrich.
- Cole, Joshua 2000: *The power of large numbers*. Ithaca, London 2000.
- Elster, Alexander 1923: *Sozialbiologie – Bevölkerungswissenschaft und Gesellschaftshygiene*. Berlin u. Leipzig.
- Guillard, Achille 1855: *Eléments de statistique humaine ou démographie comparée*. Paris.
- Hauser, Philip M. u. Otis D. Duncan eds. 1959: *The Study of Population*; Chicago: UP.
- Hauser, Philip M. u. Otis D. Duncan 1959: *The Nature of Demography*; in Hauser u. Duncan eds., 29-44.
- Hauser, Philip M. u. Otis D. Duncan 1959: *Demography as a Body of Knowledge*. in Hauser u. Duncan eds., 76-105.
- Horváth, Robert A. (Szeged) 1972: *The malthusian Ideas on Population in Hungarian Demography before World War II*. In: *The Journal of European Economic History I*, 273-287.
- Hyrenius, Hannes 1966: *Demometri*. Göteborg.
- Hyrenius, Hannes, I. Holmberg u. M. Carlson 1967: *Demographic Models*. Göteborg: Demographic Institute, University of Gothenburg, Sweden, Reports # 7.
- Körösy, József 1877: *De l'influence de l'habitation sur les causes des décès et sur la durée de la vie*; in: *Annales de démographie internationale*.
- Körösy, József 1882: *La place scientifique et limites de la démographie*. Genève.
- Körösy, József 1891: *Wissenschaftliche Stellung und Grenzen der Demologie*. In: *Allg.Stat.Arch. II*, 397-418 (reprint 1967).
- Lorimer, Frank 1959: *The development of Demography*; in Hauser u. Duncan eds., 124-179.
- Pressat, Roland 1985: *Dictionnaire de Démographie*, Paris: Presses Universitaires de France.
- Pressat, Roland 1961: *L'Analyse Démographique – méthodes, résultats, applications*. Paris : INED.
- Quetelet, Adolphe 1835: *Sur l'homme et le développement de ses facultés ou Essai de physique sociale*. 2 Bde. Paris : Bachelier.
- Remete, L. ²1980: Körösy, József (Josef); Art. in: *Internationales Soziologenlexikon*, ed. Wilhelm Bernsdorf u. Horst Knosp, Stuttgart: Enke ²1980, 219f.
- Sauvy, Alfred 1959: *Development and Perspectives of Demographic Research in France*; in Hauser u. Duncan eds., 180-189.
- Schumpeter, J.A.: *History of Economic Analysis*, New York ³1959.
- Schweber, Libby 1996: *The Assertion of Disciplinary Claims in Demography and Vital Statistics: France and England, 1830-1885*; Diss. Princeton University.
- Winkler, Wilhelm 1952: *Typenlehre der Demographie (Vorgelegt in der Sitzung vom 28. Juni 1950)*. Wien: Rohrer (Österr. Akad. d. Wiss., Phil.-hist. Klasse, Sitzungsberichte 227, 5).
- Winkler, Wilhelm 1969: *Demometrie*. Berlin.
- Wirminghaus, A. 1907: *Artikel Statistik*, in: *Wörterbuch der VWL*, 2. Band, S. 983-999.
- Zahn, Friedrich 1909: *Artikel Statistik, C. Die internationale Statistik*; in: *HdWB für Staatswissenschaften*, 885-888.
- Zahn, Friedrich 1936: *Deutschlands Mitarbeit an der internationalen Statistik*. *Allg. Stat. Arch.* 26, 230-242.

In einem manifestartigen Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung begründete ein Medizinsoziologe sein Plädoyer für die Freigabe des Klonens von Menschen zur Behandlung von Unfruchtbaren mit einem merkwürdigen Argument: Die geistigen Wurzeln unseres Embryonenschutzgesetzes, das das Klonen von Menschen verbietet, reichen angeblich zurück in den Nationalsozialismus. Die Nationalsozialisten lehnten die künstliche Befruchtung als etwas Unnatürliches ab, und sie hätten auch das Klonen abgelehnt, wenn diese Technik damals schon bekannt gewesen wäre. Da nur das Gegenteil der von den Nationalsozialisten abgelehnten Ansicht richtig sein könne, sollte man das Klonen von Menschen (und andere biomedizinische Techniken wie die therapeutische Keimbahnintervention) erlauben und das Embryonenschutzgesetz entsprechend ändern. So lautet die dem Leser nahe gelegte Schlussfolgerung.

Auf einer ähnlich verquerten Logik beruht der breite Konsens bei der Ablehnung der Bevölkerungspolitik in Deutschland: Da bevölkerungspolitische Ziele in den vordemokratischen Gesellschaften meist eine wesentliche Komponente der Politik bildeten, insbesondere in der nationalsozialistischen Diktatur und in der DDR, lässt sich Bevölkerungspolitik mit den Prinzipien einer Demokratie angeblich nicht vereinbaren. - Wer diesen Standpunkt vertritt, übersieht, dass jede Art politischen Handelns (und Unterlassens) Auswirkungen auf die Zahl und Struktur der Bevölkerung hat. Sind diese Auswirkungen beabsichtigt, spricht man von Bevölkerungspolitik. Da die Wirkungen unabhängig davon eintreten, ob sie beabsichtigt sind oder nicht, können die bevölkerungspolitisch bedeutsamen demographischen Auswirkungen der Politik auch in einer Demokratie nicht vermieden, sondern nur anders benannt werden.

Als Ersatzbezeichnungen für die bevölkerungspolitisch bedeutsamen Wirkungen der Politik auf die Geburtenzahl sind in Deutschland die Begriffe Familienpolitik, familienorientierte Sozialpolitik oder gesellschaftliche Nachwuchssicherung üblich. Die Politik zur Verringerung der Sterblichkeit bzw. zur Erhöhung der Lebenserwartung firmiert unter „Gesundheitspolitik“. Nur die Migrationspolitik wird nicht mit einer Ersatzbezeichnung benannt, aber dafür werden die demographischen Auswirkungen dieses für Deutschland wichtigen Teils der Bevölkerungspolitik um so konsequenter verdrängt.

Die Kunst der Verdrängung ist hierzulande hoch entwickelt. Deshalb wird auch selten thematisiert, dass die Nebenwirkungen der Wirtschaftspolitik auf die Geburtenzahl die Wirkungen des nach dem Ressortprinzip zuständigen Familienministeriums wahrscheinlich bei weitem übertreffen. Je besser die Wirtschaftspolitik das Ziel eines hohen Pro-Kopf-Einkommens erreicht, desto unerschwinglicher werden Kinder, falls Erwerbsarbeit und Familienarbeit nicht oder nur schwer vereinbar sind. So kam es zu dem demographisch-ökonomischen Paradoxon, dass im zeitlichen und internationalen Vergleich die Pro-Kopf-Kinderzahl mit dem wachsenden Pro-Kopf-Einkommen abnahm statt zuzunehmen. In Deutschland z. B. ist die Kinderzahl pro Frau heute etwa halb so

Schrumpfen oder Wachsen?

Bevölkerungspolitik in der Demokratie

Veröffentlicht in: Das Parlament, 52. Jahrgang
Nr. 19-20, Berlin 10./17.5.2002, S. 1f.

hoch (1,4) wie in den 60er Jahren (2,5), obwohl sich das Pro-Kopf-Einkommen seitdem mehr als verdoppelte.

Die demographischen Nebenwirkungen der Wirtschaftspolitik, der Bildungspolitik, der Arbeitsmarktpolitik und anderer Politikbereiche auf die

demographischen Strukturen und Prozesse sind in ihrer Summe von so hohem Gewicht, dass man folgenden Grundsatz formulieren kann: Eine Familien- bzw. Bevölkerungspolitik kann ihre Wirkungen nur dann voll entfalten, wenn sie die demographischen Nebenwirkungen der anderen Ressorts kontrolliert, die selbst keine demographischen Ziele verfolgen, d. h. wenn sie als Querschnittspolitik praktiziert wird.

So wie sich jede Sozialpolitik erübrigt, wenn quer über die Ressorts eine soziale Politik betrieben wird, so bedarf es keiner Bevölkerungspolitik, wenn es die Politik zuwege bringt, dass die Bevölkerungszahl nicht wie in Deutschland schon seit den 70er Jahren ohne Einwanderungen ständig schrumpft und dadurch altert. Die Bevölkerungsschrumpfung beruht auf der abnehmenden Zahl der Geburten bzw. der nachwachsenden jüngeren Altersgruppen, wobei gleichzeitig die Zahl der Älteren wächst. Die Bevölkerungsschrumpfung ist daher automatisch mit einer Alterung der Gesellschaft gekoppelt. Wer die Alterung dämpfen will, muss die Bevölkerungsschrumpfung verringern.

Die Vereinten Nationen haben in ihrer „Population Division“ in New York die Frage aufgeworfen, ob sich die Auswirkungen der niedrigen Geburtenrate in Deutschland und in anderen Ländern auf die Dauer durch Einwanderungen auffangen lassen und die Antwort an Deutschland in einer besonderen Art von „blauem Brief“ in Gestalt einer demographischen Expertise gleich mitgeliefert: Wollte Deutschland durch die Einwanderung Jüngerer verhindern, dass die Alterung, gemessen durch den Altenquotienten (= Zahl der 65jährigen und älteren auf 100 Menschen im Alter von 15 bis 65) zunimmt, müssten bis 2050 188 Mio. Menschen mehr ein- als auswandern, denn je mehr Junge einwandern, desto mehr Alte gibt es 30 Jahre später. Dadurch würde die Bevölkerungszahl von 82 Mio. auf 299 Mio. zunehmen („Replacement Migration“, New York, 2000). Die Rechnung macht deutlich, dass die Alterung nur noch um den Preis eines extremen Bevölkerungswachstums zu stoppen ist, wobei die dafür erforderliche massenhafte Einwanderung die Probleme vervielfachen würde, die sie eigentlich lösen soll.

Eine Politik für die Bevölkerung zu betreiben, die die in Deutschland seit zweieinhalb Jahrzehnten praktizierte Bevölkerungspolitik durch Einwanderungen überflüssig macht, indem sie die Geburtenrate wieder auf das bestandserhaltende Niveau von zwei Kindern pro Frau anhebt, ist langfristig ohne Alternative. Denn die Einwanderer passen sich der niedrigen Geburtenrate in Deutschland erfahrungsgemäß an, so dass in Zukunft zur Kompensation der ständig schrumpfenden Geburtenzahl immer mehr Einwanderer gebraucht würden. Aber auch Einwanderer müssen irgendwo geboren, erzogen und ausgebildet werden, ehe sie im internationalen Wettbe-

werb um die besten Köpfe für Deutschland gewonnen werden können. Eine solche Politik ist den Herkunftsländern der Einwanderer auf Dauer nicht zuzumuten, und sie wird der Verantwortung nicht gerecht, die wir nicht nur gegenüber anderen Ländern haben, sondern auch „gegen uns selbst“, wie Immanuel Kant es formulierte. Die Verantwortung „gegen uns selbst“ schließt jene gegenüber den kommenden Generationen ein – unseren Kindern und Enkeln –, denen wir nicht nur eine intakte natürliche Umwelt, sondern auch eine soziale Mitwelt hinterlassen sollten, in der sie sich zu Hause fühlen können.

Es wird in Deutschland im 21. Jahrhundert nie wieder so viele Kinder und junge Menschen geben wie heute. Die sich ständig wiederholenden, immer gleichen Schlagzeilen der kommenden Jahre und Jahrzehnte über abnehmende Schüler- und Arbeitskräftezahlen werden unsere Nerven strapazieren und das Land mit einer tiefen Tristesse überziehen. Selbst wenn das Fortpflanzungsverhalten gleich bleibt, muss sich die absolute Zahl der Geburten von Jahr zu Jahr und von Jahrzehnt zu Jahrzehnt verringern, weil die Zahl der potentiellen Eltern wegen des Geburtenrückgangs in den vergangenen drei Jahrzehnten jetzt ständig schrumpft. Dadurch wird die Zahl der Menschen in der für das Erwerbspersonenpotential wichtigen Altersgruppe von 20 bis 60 bis zur Jahrhundertmitte um 16 Mio. abnehmen, während gleichzeitig die Zahl der über 60jährigen um 10 Mio. wächst.

Diese Zahlen sind das Ergebnis von Berechnungen unter der Annahme, dass die Geburtenrate auf dem bisherigen Niveau von rd. 1,4 Kinder pro Frau konstant bleibt, dass wie bisher jährlich rd.

170 Tsd. jüngere Menschen netto einwandern und dass die Lebenserwartung entsprechend der langjährigen Trends um 6 Jahre steigt. Die Annahmen entsprechen den seit Jahrzehnten beobachteten Entwicklungen und sind in jeder Hinsicht moderat. Trotzdem werden ihre demographischen Auswirkungen unsere Gesellschaft drastisch ändern: Die Zahl der 80jährigen und älteren wird sich z. B. von 3 Mio. auf 10 Mio. erhöhen. In Deutschland wird es im Jahr 2050 ebenso viele Menschen im Alter über 80 geben wie unter 20.

In einer Demokratie besteht das oberste Ziel allen staatlichen Handelns in einer Politik für die Bevölkerung. Deren Qualität lässt sich daran messen, ob die Lebensbedingungen zu einer natürlichen Reproduktion der Bevölkerung oder zu ihrer ständigen Abnahme führen. Wenn es eine solche Politik wieder zuwege brächte, die Geburtenrate schrittweise beispielsweise bis 2030 auf das bestandserhaltende Niveau von 2,1 Kindern pro Frau anzuheben, würde es bis 2080 dauern, bis die Schrumpfung zum Stillstand käme und die Geburtenbilanz wieder ausgeglichen wäre. Auch wenn außerdem 150 Tsd. jüngere Menschen pro Jahr einwanderten, würde sich an dem hohen Zeitbedarf bis zum Ende der Schrumpfung nicht viel ändern, die Geburtenbilanz bliebe auch dann bis 2068 negativ, und selbst wenn pro Jahr 300 Tsd. jüngere Menschen netto einwanderten, wäre die Geburtenbilanz bis 2060 defizitär. In einer Demokratie bedeutet ein Bevölkerungsrückgang einen Rückgang der Zahl der Demokraten. Wem ist damit eigentlich gedient?

Herwig Birg, Bielefeld

Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik im "Dritten Reich"

Tagung im Harnack-Haus in Berlin-Dahlem vom 30. November bis 1. Dezember 2001

Konstruktion und Rekonstruktion von Bevölkerungswissenschaft im »Dritten Reich«

Ziel der nationalsozialistischen Führung war eine durchgreifende Umgestaltung des deutschen Volkes, der Besiedlung, des Lebensraumes in Mittel- und Osteuropa – und auch der „deutschen Wissenschaft“. Zwar waren die Gedanken und Prinzipien in den vorhergegangenen Jahrzehnten ausgebildet worden, aber der Versuch der Durchsetzung blieb der Politik nach 1933 vorbehalten. Auch die „Bevölkerungswissenschaft“ konnte davon nicht unberührt bleiben.

Im „Blauen“ **Archiv für Bevölkerungswissenschaft (Volkskunde) und Bevölkerungspolitik** (AfBw+Sp) dekretierte Falk Ruttke – Mitherausgeber und geschäftsführender Direktor des „Reichsausschusses für Volksgesundheitsdienst“ beim Reichsminister des Inneren – eine neue Sprachregelung: Künftig sollte es „Volkskunde“ statt „Bevölkerungswissenschaft“, „Volkspflege“ statt „Bevölkerungspolitik“ heißen. Ruttke hatte diese Wortwahl schon in der Zeitschrift des Deutschen Sprachvereins mitgeteilt:

„Absichtlich möchte ich den Begriff Volkspflege eingeführt wissen, weil er mir ... der am besten geeignete Begriff zu sein scheint, um den Ganzheitsgedanken, den Führergedanken, den Gemeinschaftsgedanken und den Rassengedanken nordischer Prägung zu umfassen.“¹

Der Volkskundler Helbok sah einen Weg zu einer Volkskunde der Zukunft:

„Volkskunde ... muss von der gesamten Formenwelt her, vom physiognomischen Bilde des Volksleibes der Gegenwart aus, helfen, die Biologie des deutschen Volkes aufzubauen. Die Möglichkeiten dazu liegen in dem Arbeitsbereich der Volksgeschichte. Sie ist die Geschichte des deutschen Volksleibes. Dieser ist fassbar:

1. an seiner räumlichen Ausbreitung (Siedlungsgeschichte ...);
2. an seinem zahlenmäßigen und strukturellen Aufbau (Volkskörpergeschichte als über die reine historische Bevölkerungssstatistik hinausgehende Geschichte der Entfaltung der Volkszahlen, des Volksaufbaues und der Binnen- und Grenzwanderung, ...);
3. an seiner rassischen Zusammensetzung ...;
4. an seiner kulturellen Zusammensetzung ...“²

„Bevölkerungswissenschaft“ wird damit zu einem Teilgebiet innerhalb einer umfassenden, rassistisch-biologisch fundierten Volkswissenschaft, die einem Ziel zustrebt, das eine Umwertung aller Lebensart intendiert. Deren Verkündung tritt an die Stelle empirisch nachweisbarer Befunde oder überformt sie. Damit meinte man – bei Einbeziehung sowohl der Biologie wie aber auch der Praxis – eine anspruchsvolle „wissenschaftliche“ Stufe der Forschung erreicht zu haben. Bevölkerungswissenschaft ist damit eingebunden auch gerade in die Politik der Umgestaltung, der Ausmerze, der Raumordnung, die folgen sollten.

1939 hat Max Rumpf „in einer Art Ehrenrettung einer realistischen deutsche Soziologie“ im »Blauen Archiv« zur Benennung des neuen Faches gemeint:

„Ob man das dann, wie ich es 1931 tat, Deutsche Volkssoziologie, oder ob man es Volkswissenschaft, Volkslehre, Volkslebenslehre, Volkskunde nennen will, immer dabei die verdiente **Bevölkerungswissenschaft** voll mit einbegreifend, das ist eine Frage durchaus zweiten Ranges.“³

Wenig später sollte die praktisch gewordene Wissenschaft weitere Aufgaben in Angriff nehmen, die zu furchtbaren Konsequenzen führten.

Die „Deutsche Gesellschaft für Demographie“ veranstaltet diese Tagung als Nachfolgerin der beiden Gesellschaften für Bevölkerungswissenschaft resp. Demographie, welche die vorausgehende Tagung durchgeführt haben. Mein Gruß gilt den Teilnehmern. Gegenüber der vorhergehenden Tagung hat ihre Zahl ansehnlich zugenommen.

Es kann nicht das ganze Anliegen wissenschaftsgeschichtlicher Forschung sein, die Tatsache zu belegen, dass bevölkerungsbezogene Intentionen und deren demographisch-empirische Begründung gerade im Nationalsozialismus und in seinen besonders auf Selektion und Osteuropa gerichteten Großplanungen eine wichtige Rolle gespielt haben und daher eine Involvierung „der Bevölkerungswissenschaft“ und deren Korrumpierung zu konstatieren. Es wird notwendig auch um eine Geschichte der Wandlung von Begriffen und um deren Verursachungen gehen. Eine solche, allein von Gegenstand und Datengrundlage ausgehende Sicht etabliert jedoch noch keine „Geschichte der Bevölkerungswissenschaft“.

Demgegenüber ist auch aufzuzeigen, wie sich anerkannte Bevölkerungswissenschaftler zu einer Neudefinition dieser Fachrichtung durch die überhandnehmende biologisch-eugenische (rassenhygienische) Umdeutung der Aufgabenstellung stellten. Definitionsversuche, Bedeutungszuschreibungen und Anwendungen der unterschiedlichsten Bezeichnungen durchziehen die gesamte Periode der NS-Diktatur.

In den ostkundlichen Forschungen und „Raumplanungen“ mit dem Ziel einer Umgestaltung der Siedlungsstruktur des Gebietes zwischen Baltikum und Krim wurden demographische Grundlagen erstellt und verwendet. Diese Orientierung führte einerseits zu einer massiven, auch demographischen Forschung, entwickelte andererseits ein umfangreiches Forschungsprogramm, in dem demographische Grundlagen – im sozial- und rassenbiologischen

Verständnis – auch eine wesentliche Fundierung darstellten. Ausschlaggebend dafür war die Idee der Volkswissenschaft. Dieses Forschungsprogramm wurde von einer wissenschaftlichen Fraktion getragen, die von der Übernahme der demographischen Fachkenntnisse und –methoden wichtige Anregungen bezog. Es ist daher zu erkunden, wie sich dieser Vorgang der Übernahme vollzog.

Wenn wir versuchen, auch solche „bevölkerungswissenschaftlichen“ Entwicklungen zu beschreiben und einzuordnen, sollten wir mit den Zuschreibungen bedachtsam umgehen. Dazu erscheint eine Differenzierung der Forschungsszene „der Bevölkerungswissenschaft“ gegen Ende der 1920er Jahre und im Verlaufe der 1930er Jahre notwendig, welche die innerwissenschaftlichen Affinitäten und die erkenntnisleitenden Interessen der beteiligten Wissenschaftler kennzeichnet.

Zu unterscheiden ist zwischen einerseits dem Konstrukt einer „**Bevölkerungswissenschaft**“ und einer Beschreibung von deren Schicksal als von ökonomischen oder biologischen und politischen Interessen beherrscht und andererseits dem Gegenstand „**Bevölkerung**“ in Wissenschaft, populärer Propaganda und Politik, dessen sich die unterschiedlichsten Interessen als anscheinend wissenschaftlich unabweisbares Argumentationsmaterial bedienen und dabei die verschiedensten „**Bevölkerungslehren**“ ausgebildet haben. Dieser Gegenstand „Bevölkerung“ ist ein „Konstrukt“, das „im Denken“ gebildet, empirisch und methodisch (seit Süßmilch, Malthus und Quetelet) präzisiert worden ist und schließlich als eigene „Kunstlehre“ die „**Demographie**“ ausgebildet hat.

Bei solcher Betrachtung verschwindet das Konstrukt „Bevölkerungswissenschaft“ als eigenständiges Entwicklungssubjekt unter unseren Händen; es kann über die Zeit lediglich als kontinuierlicher „Diskurs“ wechselnder Akteure zu einem immer neu definierten Gegenstand identifiziert werden und erscheint vor allem in dem Anspruch von Interessenten – ein Sach- und Fachgebiet in die eigene Verfügung zu bringen und die Deutungskompetenz dafür durchzusetzen. Den Prozess der Professionalisierung hat sie noch keineswegs abgeschlossen, in Deutschland: kaum begonnen. Deshalb kann sie sich äußerer Zumutungen und dem Missbrauch ihrer Beweisführungen und Ergebnisse nicht erwehren; das gilt, leider, bis jetzt. Es wurde ihr in den 1930er Jahren in Deutschland zum Verhängnis. Sie hat sich – hier – nicht davon erholt.

Es wären demnach die »Übertragungen« von der Zoologie auf die Humananthropologie, die (in Deutschland) letztlich Begründungen für die verbrecherischen Politiken geliefert hat, namentlich infolge des Interesses bei Hygienikern und Psychiatern sowie der Übereinstimmung biologischer Behauptungen mit populären – sozialen oder rassistischen – Vorurteilen und mit den rassenpolitischen Intentionen der Nationalsozialisten aufzuarbeiten. Deshalb ist die Unterscheidung der entsprechenden Auffassungen wichtig.

Auch wenn an Einzelschicksalen – wie dem von Hans Harsen⁴ – aufgezeigt worden ist, wie sich nationale, sozialistische und eugenische Tendenzen folgenreich verbinden konnten und wie daraus die Beschäftigung mit demographischen Fragen ent-

stand, scheint mir diese Frage nicht beantwortet. Es handelt sich dabei einmal um ein Eindringen von Personen – Ärzten und Anthropo-Biologen – in demographische Diskussionen, dann um die Übernahme biologischer Thesen durch Demographen, was ihnen auch die Übernahme der eugenischen Intentionen und Programme aufnötigte; und endlich um die Ausbildung eines methodischen Instrumentariums, das aus der Biologie übernommen oder dieser doch wesentlich nachgebildet und auf menschliche Populationen angewendet wurde – und wird.

Auch bei dieser Tagung werden nur einige der offenen Fragen angeschnitten; sie werden den Ausblick auf immer neue Fragen eröffnen.

Quellenverzeichnis:

- Ruttke, Falk [1894-1955; Jurist; 1933-1940 GD des „Reichsausschusses für Volksgesundheitsdienst“ beim RMI; 1942 oProf. Jena: Institut für Rasse und Recht] 1936: Volkskunde als Ganzheitsschau, Volkspflege eine Notwendigkeit zur Volkwerdung. AfBw+Sp 6, 201-203; Zitat p. 202.
- ² Helbok, A. 1935: Wo steht die Volkskunde und wo sollte sie stehen? AfBw+Sp 6, 207-212; hier 208.
- ³ Rumpf, Max: Bauernleben, Volksleben – Bauernkunde, Volkslebenskunde. Grundsätzliches zu einer realistischen deutschen Soziologie. in: AfBw+Sp IX (1939), hier 405.
- ⁴ Durch S. Schleiermacher, Sozialethik, 1998.

Rainer Mackensen, Falkensee

Max Schelers Rede über Bevölkerungslehre und Rassenbiologie im Hinblick auf die aktuelle Debatte über Menschenwürde und Biopolitik

Demographie und Bevölkerungswissenschaft treffen auf Grund ihrer geschichtlichen Verstrickung in die Bevölkerungslehre der Nazizeit und infolge ihrer Nähe zum Biologismus im 19. und frühen 20. Jahrhundert in Politik und Öffentlichkeit immer noch auf Aversionen. Im akademischen Bereich verfestigte sich daraus manches Vorurteil der Sozialwissenschaften gegenüber der Bevölkerungswissenschaft. Der Beitrag zeigt, dass die Trennungslinie zwischen Geist und Ungeist in der Zeit des Nationalsozialismus und seiner Vorläufer nicht entlang der Linie Geistes- und Sozialwissenschaften einerseits und dem Biologismus bzw. der Bevölkerungswissenschaft andererseits verlief, denn auch führende Vertreter der Geistes- und Sozialwissenschaften waren, wie die Rede Max Schelers aus dem Jahr 1921 zeigt, nicht gegen alle Versuche aus dem Rassismus und Biologismus gefeit, dessen geistige Tradition in den neuzeitlichen Humanismus und seine Wurzeln in der griechischen Klassik zurückreicht.

Die Rede Schelers ist nicht nur dogmengeschichtlich interessant. Vor dem Hintergrund der Debatte über die Prinzipien der Bioethik haben sich die strittigen Fragen heute auf eine Weise zugespitzt, die auch die Bevölkerungswissenschaft dazu veranlassen könnte bzw. sollte, einen Standpunkt zu erarbeiten, der sowohl wissenschaftlichen als auch ethischen Kriterien genügt. Auch wenn die Erkenntnisse Max Schelers nicht das letzte Wort auf die Grundfragen der Bio-Ethik sein können, so hat Scheler wie kein anderer die Fähigkeit bewiesen, die richtigen Fragen zu stellen.

Hervig Birg, Bielefeld

Medizin und Bevölkerungswissenschaften im Nationalsozialismus

Nach der Machtübertragung 1933 war der Weg für die Nationalsozialisten frei, ihre Utopie einer über Individualrechte hinwegtretenden Bevölkerungspolitik in die Tat umzusetzen. Die Medizin nahm hierin eine zentrale Rolle ein. Ihr kam die Aufgabe zu, Menschen aufgrund biologischer Kriterien aus der propagierten

„Volksgemeinschaft“ auszuschließen. Ab Januar 1934 fiel Ärzten im Rahmen der Durchführung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ und später im Rahmen des „Erbgesundheitsgesetzes“ die Aufgabe zu, über das Recht der Fortpflanzung und Eheschließung eines Großteils der Bevölkerung zu entscheiden. Durch das „Vereinheitlichungsgesetz“ vom Juli 1934 wurden gerade die Ärzte in den Gesundheitsämtern zu den organisatorischen Treibriemen nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik. Dabei übte das biologistische Gesellschaftsmodell des NS tiefe Faszination auf Mediziner und Ärzte aus. Dies macht zum Teil deutlicher, warum sie, im Vergleich zu anderen Funktionärseliten des Staates, weit überdurchschnittlich in NS-Organisationen repräsentiert und zwei Drittel aller deutschen Mediziner und Ärzte institutionell in irgendeiner Form an den NS-Staat gebunden waren. Dies erklärt auch, warum sie sich gerade auf dem sehr einflussreichen und öffentlichkeitswirksamen Feld der Bevölkerungspolitik so stark engagierten. Die hohe Zahl von medizinischen Vorträgen auf bevölkerungswissenschaftlichen Kongressen und die steigende Zahl von entsprechenden Aufsätzen sind ein Ausdruck dieser gezielten Einflussnahme.

Das Verhältnis zwischen Medizin und Bevölkerungswissenschaften gestaltete sich demnach zum einen auf einer pragmatischen Ebene der Festlegung eines gemeinsamen Forschungsfeldes. Zum anderen erfolgte innerhalb der Medizin ein sich seit den 1920er Jahren andeutender inhaltlicher Wechsel, indem auch Teile der Medizin dem Biologismus huldigten und eine internationale eugenische Debatte auf das nationale Element, den „Volkkörper“ und zunehmend auf das Konstrukt „Rasse“ zuschnitten. Dies geschah auch in den Bevölkerungswissenschaften. Fachvertreter lösten sich zum Teil von ihren Bezugsdisziplinen und widmeten sich nunmehr diesem eugenisch motivierten Forschungsfeld.

Gerade was zentrale Fragestellungen dieser neuen Ausrichtung betraf, gingen Mediziner und Bevölkerungswissenschaftler rasch eine Symbiose ein. Dies zeigte sich in der gemeinsamen Unterstützung nationalsozialistischer Rassengesetze oder zahlreicher bevölkerungspolitischer Maßnahmen, in der Zusammenarbeit für eine systematische Erfassung der Bevölkerung, den Arbeiten an bevölkerungsbiologischen Bestandsaufnahmen oder in der nationalsozialistisch geprägten Auseinandersetzung mit bevölkerungs-

wissenschaftlichen Studien.

In allen Fällen ging es um die direkte politische Verwertbarkeit von Ergebnissen. Dies hatte zur Folge, dass entweder differenzierte Analysen auf die für die Nationalsozialisten bestimmenden Kernaussagen reduziert wurden oder aber direkt bevölkerungspolitische Forschungen betrieben wurden, die in enger Zusammenarbeit zwischen Medizinern und Bevölkerungswissenschaftlern entstanden. Durch das bestimmende „erbbiologisch-medizinische Paradigma“ wurden wichtige Aspekte der bevölkerungswissenschaftlichen Forschung Teil jener auf Exklusion ausgerichteten Biowissenschaften im Nationalsozialismus.

Die Folgen dieser engen Vernetzung erfuhren die Bevölkerungswissenschaften nach 1945 um vieles deutlicher als die Medizin, die sich zumindest nach außen hin viel leichter und sichtbarer von ihrem nationalsozialistischen „Ballast“, dem Konstrukt „Rasse“, befreien konnte.

Jörg Vögele und Wolfgang Woelk

Die Bevölkerungsvorausberechnungen der Deutschen Reichsbevölkerung in den 1920er Jahren

Innovationen und bevölkerungspolitische Implikationen

Bevölkerungsvorausberechnungen zählen zu den wesentlichsten Verfahren der Demographie. Sie vermitteln wesentliche Einsichten über die Bevölkerungsdynamik und -struktur in der Zukunft. Im Kontrast zur besonderen Bedeutung, die die Bevölkerungsvorausberechnungen für die theoretische und praktische Demographie spielen, wurde die Entstehungsgeschichte dieses bevölkerungstatistischen Instrumentariums kaum eingehender untersucht. So enthält die Forschungsliteratur nur wenige Hinweise zum Ursprung und zur Entwicklungsgeschichte der Bevölkerungsvorausberechnungen. Selbst die vereinzelt erschienenen Arbeiten, die zu diesem Problemkreis in den zurückliegenden Jahrzehnten erschienen sind, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Ursprünge und die Entwicklungsgeschichte der Bevölkerungsvorausberechnungen nur am Rande von der demographischen Forschung behandelt worden sind.¹ Einzig der Demograph und Städteplaner Henk de Gans hat sich mit diesem Forschungsdefizit ernsthafter beschäftigt und eine Geschichte der niederländischen Bevölkerungsvorausberechnungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts veröffentlicht.² Ganz bewusst schränkt sich de Gans in seinen Untersuchungen sowohl regional als auch zeitlich ein, da bekanntlich die Entwicklungsgeschichte der Bevölkerungsvorausberechnungen bis weit in das 19. Jahrhundert zurückreicht.

Im Mittelpunkt meiner Ausführungen standen die ersten Bevölkerungsvorausberechnungen der Deutschen Reichsstatistik, die in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre erstellt wurden. Auf den ersten Blick erscheint es, als würden bei diesen Bevölkerungsvorausberechnungen vor allem methodische Fragestellungen, die Zusammenhänge zwischen der Bevölkerungsstruktur und der -dynamik diskutiert. Im Zentrum der Betrachtungen standen Analysen zu den Störungen der Alters- und Geschlechtsstruktur, die sowohl durch die große Zahl der Kriegstoten als auch die erheblichen Geburtenausfälle in den Jahren des Ersten Weltkriegs verursacht wor-

den waren. Das demographische Gleichgewicht erschien durch den Geburtenrückgang, der sich nach dem Erstem Weltkrieg unvermindert weiter fortsetzte, stark gestört. Die beiden demographischen Phänomene, die Einschnitte in die Alters- und Geschlechtsstruktur und der Geburtenrückgang bestimmten auch die Hypothesen, die den Bevölkerungsvorausberechnungen zugrunde gelegt wurden. Von diesen beiden Phänomenen ließ man sich bei der Auswahl der methodischen Verfahren zur Berechnung der künftigen Bevölkerungsdynamik und -struktur leiten. Mit ihren Berechnungen wollten die Bevölkerungsstatistiker ergründen, ob in der Zukunft „ein starkes Wachstum der Bevölkerung des Deutschen Reichs bevölkerungsbiologisch“ zu erreichen ist und welche Voraussetzungen für eine konstante „jährliche Vermehrungsrate“ erfüllt sein müssen.

In meinem Vortrag habe ich vier Fragen ausführlicher diskutiert:

1. Welche demographischen Postulate und Konstrukte sowie politischen Doktrinen bestimmten die Diskussionen um den anhaltenden Geburtenrückgang in Deutschland nach dem Erstem Weltkrieg?
2. Welche Ziele wurden in den ersten amtlichen Bevölkerungsvorausberechnungen formuliert und welche Zusammenhänge gab es zwischen der formulierten Zielstellung und den für die Bevölkerungsvorausberechnungen angewandten Methoden?
3. Auf welche mathematisch-statistischen Verfahren stützte sich die amtliche Statistik?
4. Welche sozial- und bevölkerungspolitischen Konsequenzen leiteten sich aus den Ergebnissen der Bevölkerungsberechnungen in Deutschland ab und bildeten zentrale Elemente der politischen Interventionen, die nach 1933 durch die NS-Diktatur erlassen wurden?

Quellenverzeichnis:

- ¹ Vgl. Dinkel, Rainer (1984): Die Auswirkungen eines Geburten- und Bevölkerungsrückgangs auf Entwicklung und Ausgestaltung von gesetzlicher Alterssicherung und Familienlastenausgleich, Berlin: Duncker und Humblot, S. 51f.; Vgl. Höhn, Charlotte (1986): Amtliche Bevölkerungsvorausberechnungen seit 1925 - eine kurze Geschichte der Politikberatung und des demographischen Klimas, in: Wirtschafts- und Sozialstatistik. Empirische Grundlagen politischer Entscheidungen. Heinz Grohmann zum 65. Geburtstag, hrsg. von Hanau, Klaus; Hujer, Reinhard und Neubauer, Werner, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, S. 209ff.; Vgl. Schwarz, Karl (1989): Die Anfänge der Modellrechnungen in der deutschen Bevölkerungsstatistik, in: Mackensen, Rainer; Thill-Thouet, Lydia und Stark, Ulrich (1989): „Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsentwicklung in Geschichte und Gegenwart“. Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft, 21. Arbeitstagung, Frankfurt/New York, S. 129ff.; Vgl. Feichtinger, Gustav (1990): Demographische Prognosen und populationsdynamische Modelle, in: Bevölkerung und Wirtschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge, Band 202, S.; Gabriele Moser & Jochen Fleischhacker (2002): People's Health and Nation's Body: the Modernization of Statistics, Demography and Social Hygiene in the Weimar Republic, in Esteban Rodríguez Ocaña, The Politics of the Healthy Life, EAHMH Publications, London, 151-178, (im Erscheinen).
- ² Henk de Gans (1999): Population Forecasting 1895-1945. The Transition to Modernity, Kluwer: London.

Jochen Fleischhacker, Rostock

Das Bevölkerungsprogramm der Rassenhygieniker im Dritten Reich

Das Bevölkerungsprogramm der Rassenhygieniker, das heißt ihre bevölkerungspolitischen Vorstellungen, lässt sich in Ihren Veröffentlichungen erschließen. Den Schwerpunkt bilden dabei diejenigen, die Anfang der 1930er Jahre erschienen sind.

Ein Ansatz für diese Publikationen gründet in der Eugenik oder Rassenhygiene, der Lehre von der 'guten' Erbveranlagung: Die Fortpflanzung Erbgesunder (positive Eugenik) wird gefördert oder die Erbkrankter (negative Eugenik) eingedämmt mit dem Ziel, das Erbgut der Population zu verbessern oder eine Verschlechterung zu verhindern. Beispiele hierfür sind der Schutz vor schädlichen Einflüssen (Mutagene, Keimschädigungen) und das Eindämmen der Verbreitung von krankhaften Erbanlagen durch kurzfristig wirksame Maßnahmen wie eugenische Beratung sowie langfristig wirksame Strategien wie Auslese und Gegenauslese.

Die Autoren der rassenhygienischen Publikationen, die hier Berücksichtigung finden sollen, waren Mediziner, die zum einen schon vor 1933 wissenschaftlich etabliert waren, zum anderen den NS-Parteiideologen zugerechnet werden können. Mit ihren Veröffentlichungen wollten sie die Grundlage für eine bewusste Bevölkerungspolitik, auch im Sinne der NS-Ideologie, schaffen.

Für das Bevölkerungsprogramm der Rassenhygieniker galt das Primat der Ideologie, der Weltanschauung: Die Einstellung des Volkes ist entscheidend für den Erfolg bevölkerungspolitischer Maßnahmen. Politische Maßnahmen wie Steuergesetzgebung und Erbrecht unterstützten dies.

Die Rassenhygieniker beschäftigten sich vor allem mit Fragen der qualitativen Bevölkerungspolitik, mit der Förderung des gesunden Erbgutes und der Ausschaltung des krankhaften Erbgutes. Durch ihre bevölkerungswissenschaftlichen Vorstellungen war es möglich, politische Maßnahmen zu legitimieren.

Heike Petermann, Münster

Bevölkerungssoziologie im Nationalsozialismus und in der frühen Bundesrepublik zwischen Rassismus und Innovation

In der Sekundärliteratur wird der Bevölkerungssoziologie im Nationalsozialismus eine herausragende Rolle in der Bevölkerungswissenschaft und bei der Politikberatung beigemessen. Überdies wird ihr bescheinigt, die frühe westdeutsche Bevölkerungssoziologie geprägt zu haben. Diese Thesen sollen geprüft werden. Die erste These ist von Soziologiehistorikern folgendermaßen formuliert worden: „Die Bevölkerungssoziologie hatte also allgemein die Aufgabe, Grundlagen für die faschistische Rassenpolitik zu erarbeiten, die Wirksamkeit dieser Politik zu überprüfen und sie ideologisch zu legitimieren als eine aus der Wissenschaft abgeleitete politische Notwendigkeit.“ In diesem Zusammenhang wird regelmäßig auf Gunther Ipsens prominente Rolle verwiesen. Es ist aber äußerst fraglich, ob Ipsens geschichtsmythologische Bevölkerungslehre überhaupt geeignet war, eine empirisch gehaltvolle

Bevölkerungssoziologie selbst unter nationalsozialistischen Bedingungen zu begründen. Unter Verweis auf eine vermeintlich sich um Ipsen bildende Schule der Bevölkerungswissenschaft wird dann eine Kontinuitätslinie zur Bevölkerungssoziologie der Nachkriegszeit in Westdeutschland gezogen. So heißt es in einer 1998 erschienenen Dokumentation des Standes der wissenschaftshistorischen Aufarbeitung der Bevölkerungswissenschaft: „Mit seiner aus der Erforschung des Volkstums und des Grenzlanddeutschtums hervorgegangenen, der Blut- und Boden-Ideologie verhafteten und mit seinem davon freien Assistenten Helmut Haufe in mehrjähriger Gemeinschaftsarbeit erarbeiteten, methodisch innovativen ‚Bevölkerungslehre‘ (1933) legte er den Grund zu einer historisch-soziologischen Theorie der Bevölkerungsprozesse mit starkem Einfluss über seine Schüler Werner Conze und Wolfgang Köllmann auf die moderne Sozial- und Bevölkerungsgeschichte, Rainer Mackensen auf die Bevölkerungssoziologie.“ Es ist davon auszugehen, dass Ipsen tatsächlich - vermittelt über seine Schüler - Einfluss auf die Entwicklung der modernen Sozialgeschichtsschreibung genommen hat. Nur eignete sich die konzeptionelle Fassung seiner „Bevölkerungslehre“ (1933) dazu gerade nicht, aber seine moderne agrarsoziologische Arbeitsweise. Andererseits war seine Bevölkerungslehre nicht anschlussfähig im Hinblick auf die Bevölkerungssoziologie, wie sie in der Nachkriegszeit etwa von Gerhard Mackenroth, Hans Linde, Karl Martin Bolte oder Rainer Mackensen vertreten wurde. Es bleibt zu fragen, ob Ipsen selbst im Rahmen seiner Nachkriegsstudien auf seine früheren Begrifflichkeiten und Konzepte zurückgegriffen hat. So hatte er bereits mehr als zwanzig Jahre vor den von ihm an der Sozialforschungsstelle in Dortmund geleiteten Projekten zur industriellen Großstadt das „Industriesystem“ realsoziologisch sachgerecht analysiert. Dabei koexistierten realsoziologische Sachlichkeit und anachronistisch-rassenmythologische Ordnungsvorstellungen scheinbar problemlos. Im Gegensatz zu anderen Formen empirischer Soziologie im Dritten Reich hat diese Bevölkerungssoziologie aber nicht deren Stellenwert als Lieferantin sozialwissenschaftlichen Expertenwissens für konkrete Problemstellungen in bestimmten Politikfeldern erlangt. Nach 1945 ersetzte aufgabenbezogener Pragmatismus die Überhöhung bevölkerungssoziologischer Forschung durch geschichtsphilosophisch-rassistischen Schwulst.

Carsten Klingemann, Osnabrück

Volk, Raum und Sozialstruktur: Sozialstruktur- und Sozialraumforschung in den Sozial- und Bevölkerungswissenschaften zwischen den 1930er und 1950er Jahren

Im Referat wird die These vertreten, dass ein relevanter Teil der deutschen Demographie, nämlich die empirisch und sozialwissenschaftlich ausgerichtete Bevölkerungswissenschaft (Gerhard Mackenroth, Gunther Ipsen, Paul Flaskämper, Hans Harmsen, August Lösch, Elisabeth Pfeil u. a.), nicht von der in der NS-Zeit stark expandierenden empirischen Sozialforschung zu trennen ist. Die Resultate dieser Sozialforschung, an der akademische wie administrative Forschungseinrichtungen gleichermaßen beteiligt waren, sollten dazu dienen, die Bevölkerungsgröße aber auch die Bevölkerungszusammensetzung sozialtechnologisch zu steuern.

Aus diesem Grund berührte dieser Teil der deutschen Bevölkerungswissenschaft nicht nur Fragen quantitativer Bevölkerungsentwicklung, sondern vor allem die Problematik der Zusammensetzung und Struktur von Subpopulationen und Sozialschichten. Die Expertisen betrafen sowohl deutsche als auch nicht-deutsche Bevölkerungsgruppen. So beinhaltete beispielsweise der Planungsdiskurs zur 'Tragfähigkeit' nicht nur die Problematik der Bevölkerungsdichte, sondern auch die der 'Lebensführung' einzelner Sozialschichten.

Die Übergänge zwischen einer 'klassischen' Bevölkerungswissenschaft und einer sozialwissenschaftlichen Schichtungsforschung waren in der NS-Zeit fließend. Gerade deshalb mündeten nach dem Krieg nicht wenige der beteiligten Bevölkerungswissenschaftler in die (empirische) Soziologie ein. Die empirische Sozialstrukturforschung der Nachkriegsjahre schloss in technisch-methodischer Hinsicht weitgehend an vorangegangene Untersuchungen an.

Es stellt sich bei diesem Längsschnitt zwangsläufig die Frage, warum ein "Denkstil" (Ludwik Fleck), der in den radikalen und utopischen Planungen im NS-Staat Anwendung fand, dies auch im demokratischen Nachkriegsdeutschland tun konnte. Dies allein durch restaurative Tendenzen, personale Kontinuitäten und mangelndes demokratisches Bewusstsein der Wissenschaftler zu begründen und dabei den Blick von jenen Ordnungsbildern abzuwenden, die den wissenschaftlichen Erkenntnisprogrammen inhärent waren, hieße es sich zu einfach zu machen.

Hansjörg Gutberger, Göttingen

Der Seuchenatlas

In Zusammenarbeit der Militärärztlichen Akademie und dem Hygiene-Institut der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin entstand in den Jahren 1942 bis 1945 der Seuchenatlas. Das Kartenwerk war eine wesentliche Grundlage für den „Generalplan Ost“, in dessen Vorbereitung und Umsetzung die Protagonisten des Kartenwerks die bevölkerungspolitische Rolle des Arztes sahen.

Grundlage war die „Geomedizin“ des Herausgebers, Heinz Zeiss (1888-1949), Ordinarius am Hygiene-Institut, vormals Assistent von Ernst Rodenwaldt (1876-1965). Im Jahr seines Beitritts zur NSDAP (1931) hatte Zeiss den Begriff „Geomedizin“ als „Wissenschaft von der raumbezogenen Medizin“ eingeführt, mit dem die lokalistische Theorie Max von Pettenkofers zur Entstehung von Seuchen wiederbelebt wurde. Die Mitarbeiter am Seuchenatlas lieferten Auswahlkriterien für die geplante Umsiedlung von 20 Millionen Menschen im Rahmen des „Generalplans Ost“. 20 weitere Millionen Menschen, die unter epidemiologischen oder rassischen Gesichtspunkten „unerwünscht“ waren, sollten ermordet werden. Das Programm verknüpfte „rassische Minderwertigkeit“ mit Infektionsrisiken, so dass insbesondere Fleckfieber der Verschleierung des Genozids diene, dessen hygienisches Programm der „Entlausung“ in die Gaskammer führte. Insbesondere Fleckfieber gab willkommene Argumente für Ghettoisierung und „selektive Seuchenbekämpfung“ (F. Hansen).

Geomedizin verstand sich als Bestandteil quantitativer und qualita-

tiver Bevölkerungspolitik, in deren Forschungsprogramm auch die Entwicklung von kostengünstigen Impfverfahren gegen Fleckfieber, synthetische Mittel zur Behandlung der Malaria und an Impfstoffen gegen Pest fielen. Die experimentellen Arbeiten, überwiegend in Konzentrationslagern durchgeführt, zielten ebenfalls auf geopolitische Aspekte: Der Atlas lieferte die Daten, um die Ausdehnung des Völkermordes hygienisch zu begründen; etwaige Impfungen sollten die Wehrmacht bei der Wegbereitung der Kolonisierung Osteuropas schützen. Dies hatte nicht zuletzt Hans Reiter (1881-1969) als Programm des Reichsgesundheitsamtes deklariert, als er 1939 davon sprach, dass „richtig“ begriffene Bevölkerungswissenschaft „erbbiologische Hygiene“ sein müsse.

Der Seuchen-Atlas besaß bei Auslieferung keine Aktualität, aber das Nachfolgewerk aus den Jahren 1952 bis 1961 lieferte die Daten der dreißiger und vierziger Jahre nach. Jetzt handelte es sich um einen Welt-Seuchenatlas. Herausgeber war Ernst Rodenwaldt mit Unterstützung des früheren Assistenten von Zeiss, Helmut Jusatz (1907-1991). Rodenwaldt bot unmittelbar nach Kriegsende sein Wissen dem amerikanischen Militär an. So ging – unter Verschweigen der geopolitischen Einordnung und Zielrichtung – die Geomedizin in ein neues Zeitalter über, verankert in der gleichnamigen Forschungsstelle der Akademie der Wissenschaften in Heidelberg und mit finanzieller Unterstützung durch die US-Navy.

Ragnhild Münch, Berlin

Die Nationalsozialistische Haltung zur Reproduktionsmedizin und die bioethische Debatte seither

In der ethischen und juristischen Debatte in Deutschland zur Regulierung der menschlichen Fortpflanzung seit dem Ende des NS Regimes spielt die Haltung der Nationalsozialisten zum Einsatz der Reproduktionsmedizin zwecks Menschenzüchtung die Rolle des zentralen Negativbeispiels. Stets wird in der Debatte auch bevölkerungsmedizinisch argumentiert: die ethischen Maßstäbe in der medizinischen Versorgung der gesamten Bevölkerung, die therapeutische Haltung gegenüber Behinderten werden abgleiten, wenn der Embryonenschutz gelockert werde.

Als einer der wichtigsten Belege für die Verbindung der Reproduktionsmedizin mit dem propagierten und praktizierten Rassismus der Nationalsozialisten wird eine Denkschrift des „Reichsärztführers“ Leonardo Conti an Heinrich Himmler von 1942 zitiert, in der Conti eine Reihe von Vorschlägen für eine pronatalistische Politik unter Führung der SS macht. Als eine der in Betracht zu ziehenden Maßnahmen listet Conti auch die künstliche Befruchtung mit dem Samen eines Dritten (heterologe Insemination) für geeignete Fälle auf.

Eine genauere Betrachtung führt zu Zweifeln an der Korrektheit der vorherrschenden Interpretation. Wesentlich wirkungsmächtiger (wenn auch heute weit weniger bekannt) war das Gutachten des „SS Reichsarztes“ Erich Grawitz von 1940 zur Reproduktionsmedizin, in dem fast alle Methoden der künstlichen Befruchtung strikt abgelehnt werden, weil diese als „unnatürlich“ die Volksgesundheit schwer schädigen würden. In dem Ruf nach schwerer Strafandrohung gegenüber fast allen Formen künstlichen Befruch-

tung, in der Idolisierung des Natürlichen, Starken – also auch ohne medizinischer Nachhilfe Zeugungsfähigen –, in seinem therapeutischen Fatalismus gegenüber den Entscheidungen der „Natur“ zeichnete dieses Gutachten viele Argumentationslinien in der Vorgeschichte des Embryonenschutzgesetzes von 1990 vor. Dessen Vorgeschichte reicht noch weiter zurück zur Eugenik-Bewegung in der Weimarer Republik, deren treibende Kraft die SPD war, mit ihren vehementen Vorkämpfern Theodor Geiger, Alfred Grotian, Karl Kautsky, Gustav Radbruch, Wilhelm Hoegner. Noch 1938 lobten die "Deutschland Berichte" der Exil-SPD ausdrücklich das NS-Ehegesundheitsgesetz von 1935 für seine Eheverbote für "Minderwertige".

Vor dem Hintergrund dieser Entscheidungen erscheint lediglich das zusätzliche rassische Qualitätskriterium bei der Zulassung von Patienten zur Sterilitätsbehandlung, was den Willen wesentlicher Kräfte im Bundestag 1962 und 1990 bei der Regulierung der Medizin der menschlichen Fortpflanzung von der nationalsozialistischen Haltung unterschied – die freilich außer dem rassepolitischen Element nur wenig spezifisch nationalsozialistisches enthielt. Die Haltung praktisch aller maßgeblichen Funktionäre entsprach etwa auch der des katholischen Lehramtes, welches gegen die moderne Reproduktionsmedizin seit deren Anfängen Stellung genommen hat.

In dem Beitrag wird die Debatte im NS Regime, und dann in (West)Deutschland und Österreich seither nachgezeichnet. Es ergibt sich, dass die unbedingte Dominanz der Sozialethik gegenüber dem Respekt vor individuellen Freiheitsrechten, also die Idee, dass das individuelle Verlangen nach leiblichen Nachkommen sich den Interessen der Gemeinschaft in ihrer Auslegung durch das politische Programm des Gesetzgebers grundsätzlich unterzuordnen habe, die noch vor den genannten Unterschieden festzustellende große Gemeinsamkeit des deutschen und österreichischen Fortpflanzungsrechts durch das letzte Jahrhundert war. Gegenkräfte zu dieser Position waren stets auf entscheidende juristische Hilfe aus dem Ausland angewiesen, aus den internationalen Menschenrechtsdokumenten, so wie auch alle einschlägigen medizinischen Techniken außerhalb Deutschlands oder Österreichs entwickelt wurden.

Ulrich Mueller, Marburg

Die Auseinandersetzung des österreichischen Demographen Wilhelm Winkler mit dem Nationalsozialismus

W. Winkler (1884-1984) war einer der wenigen jungkonservativen Volkstumsforscher der zwanziger Jahre, die nach 1933 nicht in das Lager der Nationalsozialisten abwanderten. Winkler war bekennender Deutschnationaler, was die Nationalsozialisten 1938 nicht daran hinderte, ihn aus seinen Ämtern an der Universität und im Bundesamt für Statistik zu entfernen. Der Wiener Statistiker identifizierte sich mit der doppelten Frontstellung des autoritären österreichischen „Ständestaats“ gegen Marxismus und Nationalsozialismus. So machte er die Sozialdemokratische Partei mitverantwortlich für den Geburtenrückgang in Österreich, der von ihm pessimistisch als Ausdruck kultureller Dekadenz betrachtet wurde.

Winkler stand seit den zwanziger Jahren in einem engen Kontakt mit seinen deutschen Kollegen. Die familienstatistische Erhebung, wie sie bei der österreichischen Volkszählung von 1934 durchgeführt wurde, ging unmittelbar auf seine Beratungen mit deutschen amtlichen Statistikern zurück. Sein auf vergleichende Sprachenstatistik und methodische Weiterentwicklung der Statistik aufbauendes wissenschaftliches Programm behielt er in dieser Zeit bei, ohne sich den Nationalsozialisten anzubiedern. An diesen lehnte er besonders die Radikalität ihrer politischen Gesinnung und ihres öffentlichen Auftretens ab. Spätestens 1935 wandte er sich erstmals öffentlich – im Zusammenhang mit den Nürnberger Rassengesetzen – gegen die NS-Rassenpolitik. Die Rassenlehre spielte im statistischen Lehrsystem des Wiener Statistikers, der 1931/33 das erste deutschsprachige Lehrbuch für Statistik verfasst hatte, in dem höhere Mathematik Anwendung fand, keine Rolle. Er übernahm jedoch eugenisch-biologische Paradigmen und Terminologien in rein apologetischer Weise. Er war damit Teil des sich verschärfenden politischen Diskurses.

Bei Winklers wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit F. Burgdörfer, die 1938 in der Zeitschrift des ISI ausgetragen wurde, ging es – oberflächlich betrachtet – um Fragen der statistischen Methodologie. Indem Winkler sich explizit gegen Burgdörfers bevölkerungspolitische Ambitionen wandte, verwies er aber auf einen tiefer liegenden Gegensatz: Während Winkler im Habitus doch hauptsächlich „Gelehrter“ blieb, der in seinen Schriften keine politischen Programme entwickelte, agierte sein Berliner Kollege offensiv bevölkerungspolitisch.

Alexander Pinwinkler, Wien

Schrifttum und Aufklärungstoff Transformationen von Bevölkerungswissenschaft und –politik in Erziehung und Bildung

Bereits weit vor '33 werden von Bevölkerungswissenschaftlern, Eugenikern und Rassenanthropologen zur dringend notwendig erachteten Abwendung von negativen Folgen der quantitativen und qualitativen Bevölkerungsentwicklung Forderungen zur "Aufklärung" sowie zur Änderung der "Gesinnung" erhoben. Damit waren die Ziele verbunden, zum einem Verhaltensänderungen herbeizuführen, zum anderen Akzeptanz für etwaigen Zwang zu erzeugen.

1933 werden per Ministererlass Vererbungslehre, Rassenkunde, Rassenhygiene, Familienkunde und Bevölkerungspolitik in das schulische Lehrprogramm aufgenommen, insbesondere der Biologie. Gemäß der Prämisse, dass biologisches Denken Unterrichtsgrundsatz aller Fächer sein sollte, erstreckt sich das Programm auch auf die Fächer Deutsch, Geschichte und Erdkunde.

Mit der Vermittlung dieser Themen sollte über die genannten Ziele hinaus das völkische Denken und die Maxime "Gemeinnutz geht vor Eigennutz" in die Jugend "eingepflanzt" werden. Kurz nach der Machtübernahme erschienen dazu eine Reihe von Ergänzungsbänden.

"Völker, die arm an Kindern und Jugend sind, die das Starke und Tüchtige von kranken und minderwertigen Erblinien überwuchern lassen, die ihr Blutserbe nicht vor Rassenvermischung hüten, sind

dem Untergang geweiht. Den Völkern aber, die rassistisch den Grundgesetzen des Lebens unbewusst oder bewusst gehorchen, gehört die Zukunft." Mit diesem Beispiel sind die Themen umrissen; ergänzt werden sie durch positive Erläuterungen nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik. Quantitative und qualitative Aspekte werden in allen Argumentationen als untrennbar miteinander verknüpft dargestellt, ebenso die qualitative Eugenik und Rassenkunde ("Entnordung").

Ich behaupte, dass die Autoren auf längerfristig gesammelte 'Wissensbestände' und 'Wissenschaftserkenntnisse' zurückgreifen konnten, und so brauchten auch die Inhalte für das Medium Schulbuch nicht 'neu erfunden' zu werden.

Bei der Umsetzung im Unterricht und auch der Rezeption gab es - nach Aussagen von Zeitzeugen - große Unterschiede.

Die Aufnahme eines Sozialthemas wie "Bevölkerungspolitik" in eine naturwissenschaftliche Disziplin wird von Biologen verschiedentlich als Einstieg in eine Instrumentalisierung ihres Faches gesehen, umgekehrt findet sich bisweilen bei Bevölkerungswissenschaftlern die Auffassung, durch den Einbruch etwa der Biologie oder Medizin vom 'rechten Wege' abgekommen zu sein ...

Jürgen Cromm, Augsburg

Bevölkerungslehre im und vor dem „Dritten Reich“ – das „Raum“-Problem

Das Thema „Raum“ avancierte Ende des 19./ Anfang des 20. Jahrhunderts zu einem zentralen Thema natur- und sozialwissenschaftlicher Forschung. Gleichwohl hat die Frage nach dem prägenden Einfluss räumlicher Strukturen auf das menschliche Leben Gelehrte verschiedenster Art und politischer Gesinnung seit Jahrhunderten bewegt (Herodot, Montesquieu, Herder, Malthus, Ritter, Engels ...).

Eine maßgebliche Rolle schließlich spielte das Raum-Thema in der nationalsozialistischen Weltanschauung, insbesondere der nationalsozialistischen Version der „Geopolitik“ – deren wichtigster Repräsentant Karl Haushofer geworden ist. Nicht nur Vorläufer, sondern schon *Exponenten* dieser Ideologie waren lange vor dem Machtantritt der Nazis Friedrich Ratzel (1844-1904) und Rudolf Kjellen (1864-1922). Geistige Wurzeln hatte die nach 1933 zur „Blüte“ gelangte Geopolitik aber auch außerhalb der „Wissenschaft“, z. B. in der Belletristik (Hans Grimm: Volk ohne Raum).

Soziale Wurzeln dieser Ideologie waren insbesondere der Ende des 19. Jahrhunderts verschärfte Kampf der Großmächte um eine Neuaufteilung der Welt - der internationalen Einflussphären und der natürlichen Ressourcen. Das zu spät gekommene, 1871 entstandene, Deutsche Reich verlangte nach seinem Anteil an der Welt. Zu den sozialen Wurzeln dieser Ideologie gehört aber auch das gigantische Wachstum der Bevölkerung Ende des 19./ Anfang des 20. Jahrhunderts in Europa und anderswo, was Forderungen nach der Aneignung von Lebensraum neue Nahrung gab. Deutlicher als Geopolitiker vor und nach ihm (also selbst die von Hitlers Friedensbeteuerungen bezähmten Geopolitiker der Nazizeit) haben Ratzel und Kjellen den Krieg als legitimes Mittel der Aneignung

fremden Raumes propagiert.

Aus den Händen von Haushofer empfangen Rudolf Heß (der spätere „Führerstellvertreter“) und Adolf Heß im Gefängnis Landsberg die Schriften von Ritter. Geopolitisch geprägte Forderungen fanden Aufnahme in das Programm der NSDAP. Karl Haushofer war fortan einer der prägnantesten Vertreter der nationalsozialistischen Ideologie.

Allen äußerlichen Glanz zum Trotz befand sich die Geopolitik nach dem Machtantritt der Nazis in einem Dilemma, das sich von Jahr zu Jahr verschärfte und die Geopolitik dem Diktat der Rassenideologie und – politik unterworfen hat. Dazu trug bei, dass die Geopolitik seit dem Ende des 1. Weltkrieges demographisch auf tönernen Füßen stand. Geradezu kurios mochte erscheinen, dass die Aneignung neuen Lebensraumes mit dem Hinweis auf die „wachsende Enge des Raumes“ in einer Zeit offenkundigen Bevölkerungsschwundes begründet wurde. Ungleich solider war unter diesen Umständen die Position von Friedrich Burgdörfer und anderer Bevölkerungswissenschaftler und damit auch der Autoren von Werken wie „Sterben die weißen Völker?“.

Ein Dilemma entstand vor allem darum, weil die raumdeterministische Begründung sozialer Sachverhalte und Entwicklungen das Primat der Persönlichkeit in der Geschichte (Führerkult) und der Rasse in Frage zu stellen schien. Von Haushofer selbst vorgenommene Relativierungen konnten das nicht verhindern, zumal namhafte Geopolitiker (Richard Hennig und Leo Körholz) explizit Zweifel an der Rassenpolitik äußerten. Eine personell besonders ungünstige Konstellation entstand 1940 mit dem „Englandflug“ von Rudolf Heß. Damit war die „große Zeit“ der Geopolitik vorbei. „Sieger“ der Auseinandersetzung waren Rassenpolitik und -ideologie, dem sich alles, auch das geistige Leben, zu unterwerfen hatte.

Siegfried Grundmann, Berlin

Eugenik in Österreich bis 1938: Heinrich Reichel (1876-1943) und Oda Olberg (1872-1955)

Eugenisches Gedankengut drang in Österreich vor 1938 in viele Wissenschaften, darunter auch in die Bevölkerungswissenschaft ein. Österreichs bedeutendster Rassenhygieniker, Heinrich Reichel, nahm an den Tagungen der „Österreichischen Gesellschaft für Bevölkerungspolitik“ (1917-1938) teil. Heinrich Reichel ist als Hygieniker bis heute anerkannt. Als Eugeniker leistete er durch seine Aktivitäten in der Öffentlichkeit Überzeugungsarbeit für eugenisches Gedankengut. Sein eugenisches Konzept legte er 1922 in einer Schrift mit dem Titel „Die Hauptaufgaben der Rassenhygiene in der Gegenwart“ vor. Aus ihr wird ersichtlich, dass der Schwerpunkt von Reichels eugenischen Interessen auf dem Schutz des menschlichen Erbgutes vor schädlichen äußeren Umwelteinflüssen sowie der Weitergabe so genannten „minderwertigen“ Erbgutes lag. Rassenfragen interessierten Reichel wenig, und er thematisierte sie auch nur selten. Er scheint kein Antisemit gewesen zu sein. Im Jahr 1934 sprach sich Reichel vor einer Ärzteversammlung gegen die Euthanasie aus. Nach dem Anschluss betrieb Reichel seine Tätigkeit als erbblologischer Gutach-

ter und Vortragender weiter und biederte sich an die neuen Machthaber an. 1943 starb er nach zweijähriger schwerer Krankheit.

Oda Olberg stellt als Frau, als überzeugte Sozialdemokratin und Gegnerin des Nationalsozialismus eine Ausnahme in der eugenischen Bewegung dar. Als Journalistin schrieb sie über viele Themen. Ihr eugenisches Hauptwerk erschien 1926: „Die Entartung in ihrer Kulturbedingtheit“. Hier schrieb sie dem Einfluss der Zivilisation, insbesondere der Fabriksarbeit, eine negative Auslesewirkung zu. In menschenverachtender Weise äußerte sie sich über schwere Verbrecher und Behinderte. Andererseits ließ sie sich vom Nationalsozialismus nicht vereinnahmen. 1932 erschien ihr Buch „Nationalsozialismus“, in welchem sie das Regime entlarvte. Olberg war keine Antisemitin. Sie vertrat die Ansicht, dass die eugenische Bewegung vom deutschen Faschismus instrumentalisiert und die „Ideale“ der Eugeniker ausgenutzt würden. Das eugenisch-bevölkerungspolitische Programm der Nationalsozialisten – die „Ausmerzung“ der „Schwachen“ – lehnte sie ab, da sie es als Aufforderung zum Mord erkannte.

Gudrun Exner, Wien

Weitere Vorträge anlässlich der Tagung:

- Politische und ideologische Dispositionen von deutschen Geistes- und Sozialwissenschaften vom Kaiserreich bis 1945 - Kontinuitäten und Zäsuren (*Josef Ehmer, Wien*)
- Die Volkszählung 1939 (*Jutta Wietog, Berlin*)
- Ärzte in Berlin als Medizinstatistiker und die Bevölkerungswissenschaft (*Manfred Stürzbecher, Berlin*)
- „Um die Sicherung des Lebensraumes der Familie“ - Bevölkerungspolitische Konzepte Hans Harmsens in Weimarer Republik und Nationalsozialismus (*Sabine Schleiermacher, Berlin*)
- Die „Lösung der Bevölkerungsfrage“ im Nationalsozialismus: Zur Funktion der „Judenfrage“ in Friedrich Burgdörfers und Richard Korherr's bevölkerungswissenschaftlichen Arbeiten nach 1933 (*Florence Vienne, Berlin*)
- Volksgeschichte und Volkslehre gegen Polen: Expertenwissen und Ostpläne im Nationalsozialismus (*Ingo Haar, Berlin*)
- Bevölkerungspolitik des Dritten Reiches in den besetzten Ostgebieten (*Pavel Polian, Moskau*)

Zwischen Alterung, Bevölkerungswachstum und -rückgang Der demographische Wandel vollzieht sich im Raum

1. Tagung des Arbeitskreises "Städte und Regionen" i.G. der DGD

Zur Struktur und Kontinuität regionaler Fertilitätsunterschiede in Westdeutschland nach der Wiedervereinigung

Mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten geriet die Untersuchung regionaler Fertilitätsunterschiede innerhalb West- und Ostdeutschlands zugunsten räumlich wenig differenzierter Vergleiche der demographischen Lage in Ost und West weitgehend – und zu Unrecht – in den Hintergrund des wissenschaftlichen Interesses. Eine Analyse aktueller Regionaldaten der amtlichen Statistik zeigt, dass die bereits zu DDR-Zeiten relativ kleinen regionalen Fertilitätsunterschiede in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung weiter abgenommen haben, bestätigt aber gleichzeitig die fortdauernde Existenz deutlicher Fertilitätsunterschiede zwischen westdeutschen Kreisen und eine bemerkenswerte Persistenz räumlicher Muster.

Dabei ist zunächst festzuhalten, dass sich die Fertilitätsniveaus in städtischen und ländlichen Regionen auch in der jüngeren Vergangenheit nicht ange-

glichen haben. Weiterhin kann festgestellt werden, dass der Abstand zwischen den höchsten Geburtenraten in einigen Teilen Nordwest- und Süddeutschlands einerseits, und den niedrigsten Werten in einer Reihe von Universitätsstädten andererseits, größer ist, als die derzeit beobachteten Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern. So konnte Mitte der 1990er Jahre in Heidelberg eine allgemeine Geburtenziffer von nur 0,9 beobachtet werden, während der Landkreis Cloppenburg mit

einem Wert von 1,9 fast das zur Bestandserhaltung notwendige Fertilitätsniveau erreichte. Weitere deskriptive Befunde deuten auf einen möglichen Zusammenhang zwischen dem allgemeinen Fertilitätsniveau eines Kreises und strukturellen Merkmalen, wie der Bevölkerungsdichte, der Migration insbesondere junger Familien und der regionalen Arbeitsmarkt- bzw. Berufsstruktur hin.

(Eine längere englische Fassung des Vortrags findet sich in: K. Hank, Regional Fertility Differences in Western Germany: An Overview of the Literature and Recent Descriptive Findings, *International Journal of Population Geography*, 7(4): 243-257.)

Karsten Hank, Rostock

Am 22. März 2002 führte der Arbeitskreis „Städte und Regionen“ i. G. der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) in den Räumen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) in Berlin seine erste Tagung durch.

Ein erstes Zusammentreffen der Interessierten an diesem Arbeitskreis zeigte, dass dieses Themenspektrum sowohl innerhalb der DGD, als auch in der breiteren Öffentlichkeit auf eine gute Resonanz stößt. Ein solcher Arbeitskreis bietet die Möglichkeit für eine interdisziplinäre Betrachtung der regionalen demographischen Strukturen und Prozesse, was von den Diskussionsteilnehmern zum einen begrüßt, zum anderen aber auch eingefordert wurde.

Diese Veranstaltung stellte einen gelungenen Auftakt für die Arbeit des Arbeitskreises „Städte und Regionen“ dar, dessen Gründung durch die bevorstehende Mitgliederversammlung der DGD im Juli 2002 beschlossen werden soll.

Der historisch einmalige Vorgang der deutschen Wiedervereinigung, verbunden mit starken Binnenwanderungsprozessen im vereinten Deutschland wie auch mit massiven Außenwanderungsgewinnen, lässt die 90er Jahre als ein „Sonderjahrzehnt“ nicht nur der demographischen Entwicklung erscheinen. Auch die zwischen 1990 und 2000 realisierte Bautätigkeit sowie das Wachstum der Siedlungs- und Verkehrsfläche waren außergewöhnlich hoch.

Im Rahmen eines vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sowie des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) in Auftrag gegebenen und vom Institut für ökologische Raumentwicklung e.V. Dresden (IÖR) bearbeiteten Forschungsvorhabens wurde die siedlungsstrukturelle Entwicklung in den deutschen Agglomerationen genauer untersucht. In Ergänzung zu der kreisdatenbasierten Raubeobachtung des BBR sollten die Trends der Bevölkerungs- und Beschäftigungsentwicklung, der Wohnungsbautätigkeit und Flächennutzung mit einem gemeindestatistischen Untersuchungsansatz analysiert werden. Damit ergab sich die Chance, kleinräumliche Entwicklungsmuster in den suburbanen Räumen um die Kernstädte präziser abzubilden, als dies bislang mit Daten der laufenden Raubeobachtung möglich war. Zwei Phänomene wurden besondere Aufmerksamkeit gewidmet: dem räumlichen Ausgreifen von Suburbanisierungsprozessen in die ländlich geprägten Randbereiche der Agglomerationen und der fortschreitenden Dispersion des Siedlungssystems mitsamt der damit einhergehenden Veränderungen des Beziehungsgefüges innerhalb des Siedlungssystems. Verglichen wurden die Entwicklungspfade von 13 nach gleichen Prinzipien abgegrenzten Agglomerationsräumen. Der Untersuchungszeitraum

Als Regionale Entwicklungszentren (REZ) wurden Städte im äußeren Entwicklungsraum des Landes Brandenburg definiert, die als Schwerpunkte der dezentralen Konzentration durch vorrangige Förderung und Ansiedlung von Gewerbe zur Stabilisierung des ländlichen Raumes beitragen sollen.

Die Untersuchungen zur Bevölkerungsentwicklung haben gezeigt, dass sich die Wanderungsverluste infolge hoher Arbeitslosigkeit besonders aus den Städten des äußeren Entwicklungsraumes fortsetzen und sich die differenzierte Entwicklung zwischen Berliner Umland und der Peripherie des Landes weiter verstärkt.

Nach der Wende hat sich die Bevölkerungsentwicklung in den Städten des Landes Brandenburg grundlegend verändert. Starker Geburtenrückgang, allmählich einsetzende Sterbeüberschüsse, hohe Wanderungsverluste und steigendes Durchschnittsalter der Einwohner sind die Einflussfaktoren. Von 1990 bis 2000 haben die 11 REZ insgesamt 100.000 Personen, das sind 16 % ihrer Einwohner, verloren. Der Bevölkerungsanteil der Brandenburger in diesen Städten ist von einem Viertel auf ein Fünftel geschrumpft.

Trotz allmählich wieder steigender Geburtenzahlen und leicht sinkender Sterbefälle hatten alle REZ negative natürliche Bevölke-

Trends der Bevölkerungsentwicklung in den Agglomerationsräumen Deutschlands

bezog sich auf die Jahre zwischen 1990 und 1999.

Die Analysen zeigen, dass die Intensität von Suburbanisierungs- und Dispersionsprozessen gegenüber den 80er Jahren zugenommen hat. In Westdeutschland war ein ubiquitäres, räumlich diffuses Wachstumsmuster der Bevölkerung kennzeichnend. Dies äußert sich in hohen absoluten Bevölkerungszuwächsen in den engeren suburbanen Räumen und hohen relativen Wachstumsraten in den peripheren, ländlich geprägten Teilen der Agglomerationsräume. In den westdeutschen Agglomerationsräumen konnten in den 90er Jahren nahezu alle Gemeinden ihre Bevölkerungszahl steigern. Kleine Gemeinden mit unterzentralem Status erzielten jedoch die höchsten relativen Zuwächse.

In den ostdeutschen Agglomerationen zeigte die Bevölkerungsentwicklung demgegenüber eine weit ausgeprägtere räumliche Struktur. Gewinner waren hier die unmittelbaren Kernstadtrandrainer sowie die Gemeinden in den Autobahnkorridoren. Von Bevölkerungsverlusten betroffen waren neben den Kernstädten Gemeinden im fernerer Umland der Kernstädte sowie Gemeinden mit schlechtem Zugang zum regionalen Autobahn- und Bundesstraßennetz.

Mit den Ergebnissen des Forschungsvorhabens liegen auch Grundlagen für eine methodische Weiterentwicklung der Raubeobachtung vor. Dies bezieht sich vor allem auf den Einsatz von nicht-administrativen Raumbezügen, die Durchführung von regionalen Vergleichen im Sinne eines räumlichen Benchmarking sowie die Verarbeitung von gemeindestatistischen Daten in einem Geographischen Informationssystem.

Stefan Siedentop, Dresden

Trends der Bevölkerungsentwicklung in den Regionalen Entwicklungszentren des Landes Brandenburg

rungsbilanzen, die in der Summe der Jahre 1991-2000 rund 26.500 Personen ausmachten. Noch größer war jedoch der Einfluss der Wanderungsverluste von insgesamt 73.000 Personen auf den Einwohnerrückgang.

Die Migrationsbereitschaft der Bevölkerung hat zugenommen. Jeder Vierte, der aus diesen Städten fortzog, ging in die alten Länder, jeder Zehnte in ein anderes neues Bundesland und jeder Zwölfte nach Berlin oder in das Ausland. Nach zwischenzeitlichem Rückgang sind die Fernwanderungen seit 1994 wieder steigend. Bevorzugte Ziele sind Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bayern und Baden-Württemberg.

Die 1993 einsetzenden Stadt-Umland-Wanderungen erreichten 1997/98 ihre höchsten Werte. Inzwischen scheint der Nachholeffekt der "Suburbanisierung" abzuklingen. Insgesamt ist nur jeder Dritte, der die REZ per Saldo verlassen hat, in das Umland gegangen. Der größere Teil der Migranten wanderte in andere Bundesländer ab, wovon besonders Frankfurt (Oder) und Schwedt/Oder betroffen waren.

Die hohe Mobilität über geringe Distanzen, also zwischen den Städten und anderen Brandenburger Gemeinden, wurde auch stark durch die Umverteilungen der Aussiedler und Ausländer beein-

flusst. Ohne diese Zuwanderungen wären die Einwohnerverluste in den Städten noch größer ausgefallen.

Jeder Zweite, der per Saldo aus den Städten abgewandert ist, war unter 30 Jahre alt, darunter die Mehrzahl unter 18 Jahre. Die aus den REZ abgewanderten Jugendlichen (29.000 unter 30-Jährige in den Jahren 1991-1998) gingen überwiegend

in andere Bundesländer. Die in die Umlandgemeinden gezogenen Personen waren meist 30- bis 50-jährig. Migrationsgewinne wurden nur von älteren Menschen erzielt (Altersheime, altengerechtes Wohnen).

Überdurchschnittlichen Bevölkerungsrückgang von den REZ verzeichneten Wittenberge und Schwedt/Oder, die über ein Fünftel ihrer Einwohner einbüßten. Aber auch die Oberzentren Cottbus, Brandenburg an der Havel und Frankfurt (Oder) waren durch hohe Wanderungsverluste (jeweils 10.000-20.000 Personen seit 1991) stark betroffen. Relativ stabil blieb dagegen die Bevölkerungszahl in Neuruppin, wo die Verluste von Deutschen durch Gewinne an Ausländern ausgeglichen werden konnten.

Erhebliche Veränderungen vollzogen sich in der Altersstruktur der Bevölkerung mit großen Auswirkungen auf die soziale Infrastruktur in den Städten. Die Kinderzahl hat sich in den letzten 10 Jahren halbiert, die Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung ist um 12 % zurückgegangen und die Personenzahl im Seniorenalter stieg um ein Viertel an. War 1990 noch jeder 5. Einwohner im Kindesalter

Weitere Vorträge

Herwig Birg, Bielefeld

Die Komponente Raum – eine wichtige Einflussgröße demographischer Prozesse und Strukturen

Jürgen Paffhausen, Berlin

Innerstädtische Prozesse der Bevölkerungsentwicklung in Berlin

und nur jeder 9. über 65 Jahre alt, so haben sich die Proportionen zwischen Kindes- und Rentenalter nahezu umgekehrt. Am Jahresende 2000 war nur jeder Achte unter 15 Jahre alt und bereits jeder Sechste im Seniorenalter.

Durch unterschiedliche Alterszusammensetzung und soziale Situation der Zu- und Fortziehenden vollzogen sich auch sozia-

le Umschichtungen in der Bevölkerung des Landes Brandenburg. Familien mit relativ sicherem Einkommen schaffen sich Wohneigentum und ziehen in das Umland der Städte. Jüngere mobile Menschen wandern wegen fehlender Ausbildungs- und Arbeitsplätze bzw. unzureichender Perspektiven in andere Bundesländer ab. Dabei handelt es sich oft um höher qualifizierte und engagierte Menschen. Dagegen bleiben ältere und sozial schwächere in der Region zurück bzw. wandern sogar noch zu wie z. B. die Aussiedler (wenige Deutschkenntnisse, nicht anerkannte Ausbildung). In die Städte ziehen aber auch einheimische Jugendliche (zur Ausbildung, Eltern unabhängige eigene Wohnung) oder alte Menschen.

Auch für die kommenden Jahre ist in diesen Städten eine weiter rückläufige Bevölkerungszahl zu erwarten. Die zunehmenden Sterbeüberschüsse werden wahrscheinlich noch durch Wanderungsverluste verstärkt. Die ungünstigsten Entwicklungen wurden für Wittenberge, Senftenberg und Schwedt/Oder prognostiziert, was gravierende Auswirkungen auf die Altersstruktur haben wird.

Betty Mißfeld, Frankfurt (Oder)

“Möglichkeiten und Grenzen einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik”

Abendvortrag von Max Wingen auf der Familienpolitischen Fachtagung: Wissenschaft, Praxis und Politik im Dialog, AWO Akademie und Gesellschaft für Sozialen Fortschritt, 29. April 2002 in Remagen

Thesenförmige Zusammenfassung:

1.) Die Sichtweise, die Familienpolitik auch als bevölkerungsbewusste Gesellschaftspolitik zu verstehen, ist im Grunde nicht neu. Gerade die Ges. f. S. F. darf sich zugute halten, diesen Aspekt im Dialog von Wissenschaft und Politik schon vor über 20 Jahren mit der wünschenswerten Deutlichkeit herausgestellt zu haben. Die Politik erwies sich parteiübergreifend allerdings in dieser Hinsicht als sehr beratungsresistent. Inzwischen erscheint es dringlicher denn je, in den familienpolitischen Perspektiven die Geburtenentwicklung nicht auszublenden, sondern die Aus- und Nebenwirkungen der Familienpolitik bewusst zu reflektieren und in das Ziel-Mittel-System einer ganzheitlichen Familienpolitik einzubeziehen.

2.) Das Geburtenniveau in unserem Gemeinwesen ist zu *niedrig*. Dies ist kein ideologisch begründetes, sachfremdes Werturteil, sondern muss als Ergebnis eines rationalen Diskurses angesehen werden: Die Umsetzung der gemeinwohlrelevanten Wertentscheidungen des Grundgesetzes, aber auch die dauerhafte Absicherung der Sozialstaatlichkeit, die Sicherung der Humanvermögensbildung in unserer Gesellschaft, die Verwirklichung von „Generationengerechtigkeit“ (was meint, dass jede Generation der nächsten mindestens genau so viele Chancen und Handlungsspiel-

räume hinterlassen sollte, wie sie selbst vorgefunden hat) und ähnliche grundlegende Ziele unseres Gemeinwesens setzen einen demographischen Prozess voraus, der nicht durch jene drastischen Verwerfungen gekennzeichnet ist, wie sie seit Jahren absehbar sind.

3.) So wichtig und notwendig es ist, die vielfältigen Konsequenzen des Geburtenverhaltens z. B. im Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen zum Anlass für vielfältige Anpassungsmaßnahmen zu nehmen, diese können allein ebenso wenig ausreichen wie eine moderate, in ihren Integrationsproblemen bewältigbare Zuwanderung, die den für die nächsten Jahrzehnte unabwendbaren rückläufigen Prozess der (deutschen) Bevölkerung zwar etwas abfedern, aber nicht kompensieren kann. Es kommt auch darauf an, die Voraussetzungen dafür zu schaffen und dauerhaft zu sichern, dass sich auf Grund eines breitenwirksamen veränderten generativen Verhaltens das gegenwärtige Geburtenniveau *in Richtung auf* das Bestandserhaltungsniveau einer Bevölkerung zu bewegt, ohne dass sich der „replacement level“ wirklich erreichen lassen dürfte. Ein „realistisches Utopiequantum“ mag hier irgendwo in der Mitte zwischen dem gegenwärtigen Niveau (ca. 0,65) und der Generationenrate von 1,0 liegen, (was übrigens in etwa dem Niveau in Frankreich entsprechen würde).

4.) Für die damit sichtbar werdende Aufgabe einer „gelenkten Schrumpfung“ – es ist gar nicht so einfach für entwickelte Industriegesellschaften, in sozialverträglicher Weise zu schrumpfen – kommt der Familienpolitik als einer *auch bevölkerungsbewussten* Gesellschaftspolitik eine geradezu strategische Bedeutung zu. Bisher bleibt in ihrem Gesamtkonzept die Verknüpfung mit einer über die Gestaltung der ökonomischen, sozialen und soziokulturellen Rahmenbedingungen vermittelten, also mittelbaren, die volle persönliche Entscheidungsfreiheit nicht antastenden Einwirkung auf die generativen Entscheidungen der jungen Paare und (potentiellen) Eltern entsprechend deren tatsächlichen Kinderwünschen immer noch zu sehr ausgeblendet. Das ist nicht nur eine Frage der nachwirkenden Vergangenheit einer Bevölkerungspolitik unseligen Angedenkens, sondern hängt auch damit zusammen, dass in einer weit verbreiteten sehr privatistisch getönten Grundeinstellung Kinderhaben zu Unrecht als reine Privatangelegenheit angesehen wird. Die Entscheidungen für oder gegen die Übernahme von Elternverantwortung sind zwar hochpersönliche Entscheidungen und müssen es bleiben; aber in ihren objektiven Konsequenzen sind sie gesellschaftlich hochgradig relevant.

5.) Einen politikwirksamen Einstieg für die konkrete Anlage einer in einer freiheitlichen Sozialordnung akzeptablen bevölkerungsbewussten Familienpolitik kann der Rückgriff auf die 1968 in Teheran ergänzte Menschenrechtserklärung bieten: die Festschreibung des grundlegenden Rechts der (Ehe)Paare, *frei, verantwortlich und informiert* über die Zahl der Kinder (und den zeitlichen Abstand der Geburten) zu entscheiden. Hier ist dann freilich mit gesellschaftspolitischer Konsequenz z. B. zu fragen, wie „frei“ diese Entscheidungen tatsächlich sind, wenn sich der einzelne mit der Entscheidung insbesondere zu mehreren Kindern in unteren und mittleren Einkommenschichten in (relative) Armutslagen hineinmanövriert. Ebenso wäre zu fragen, inwieweit Entscheidungen zur (stets langfristigen) Übernahme von Elternverantwortung wirklich mit „Vernunft“ getroffen werden können, ohne sich von Lebensoptionen etwa in der beruflichen Entwicklung einfach abzukoppeln, und inwieweit Entscheidungen für Kinder nicht grundlegenden Wertentscheidungen hinsichtlich der Geschlechterbeziehungen unter den bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen von vorneherein entgegenlaufen. Zu fragen ist auch, welche Dimensionen von Verantwortung zu bedenken sind, wo immer diese Entscheidungen „verantwortlich“ gefällt werden sollen, und ob dies nicht auch einen Rückbezug des individuellen Verhaltens auf ein demographisches Allgemeininteresse verlangt. Bei den „informierten“ Entscheidungen der einzelnen Paare darf es sich wohl nicht ausschließlich um die Information über die zu Gebote stehenden Möglichkeiten und Mittel einer bewussten Geburtenregelung und -begrenzung oder über bestehende Fruchtbarkeitstherapien handeln; darum muss es sich gewiss auch und zunächst einmal handeln – aber auch darum sicherzustellen, dass der einzelne die Tragweite seiner individuellen Entscheidungen, die sich mit der Vielzahl der individuellen Entscheidungen anderer zu einem gesellschaftlich wirksamen kollektiven Verhalten bündeln, in etwa übersehen kann. Erst auf der Grundlage solcher Einsichten kann von einer wirklich informierten Entscheidung gesprochen werden, was eine wohlbegründete breitenwirksame (bis in die Sekundarstu-

fe II hineinreichende) demographische Information und Bildung voraussetzt.

6.) Von einer bevölkerungsbewussten Familienpolitik kann nur dort gesprochen werden, wo die Familienpolitik als gesellschaftliche Querschnittspolitik dieses grundlegende Recht in seiner vollen Tragweite stärkt oder doch zu stärken sucht, wo sie also Voraussetzungen verbessert (oder erst schafft), dieses Recht wirklich ausüben zu können. Insoweit eine solche Verbesserung der Voraussetzungen für die Ausübung dieses grundlegenden Rechts zu einem höheren Geburtenniveau führt, handelt es sich im Ergebnis durchaus um eine Geburtenförderung. Gleichwohl haben wir es nicht mit „Bevölkerungspolitik“ zu tun. Entscheidend für die Abgrenzung einer bevölkerungsbewussten Familienpolitik, die in einer bestimmten historischen Situation des Gemeinwesens zu einem Geburtenanstieg führt, gegenüber einer Bevölkerungspolitik ist, *dass es sich um einen Geburtenanstieg handelt, der aus den eigenverantwortlichen Entscheidungen der einzelnen Paare im Blick auf die Realisierung ihrer Kinderwünsche im Rahmen ihrer individuellen Lebensentwürfe erwächst* (und nicht staatlichen Planvorgaben entspringt, auf die hin Familien instrumentalisiert würden).

7.) Eine so verstandene Gesellschafts- und Familienpolitik muss über mehr oder minder isolierte politische Einzelaktionen hinaus vorstoßen zu einer Politik integrativ geplanter Maßnahmenbündel; dazu gehören über notwendige, aber allein keineswegs ausreichende ökonomische Maßnahmen hinaus z. B. schulorganisatorische Konsequenzen ebenso eine familienbewusste Personal- und Sozialpolitik in den Unternehmen. Gerade die Absicherung einer konfliktfreieren Vereinbarkeit von Beruf und Übernahme von Elternverantwortung muss, wie familienwissenschaftliche Untersuchungen immer wieder zeigen, zu diesem Familienpolitik-Profil gehören. Auch insoweit muss Familienpolitik *ganzheitliche* Familienpolitik sein. Es handelt sich nicht um eine „andere“ Familienpolitik in dem Sinne, dass hier ganz neue Instrumente ins Spiel gebracht würden. In den einzelnen Maßnahmenfeldern ist bei der Anlage und Ausgestaltung der Maßnahmen und Leistungen der Fokus verstärkt mit auf die familiäre Funktion der Sicherung der Generationenfolge zu richten. Dadurch erfährt manche Maßnahme eine besondere Akzentuierung. Wichtig erscheint besonders, dass eine solche Familienpolitik in ihrer notwendigen systematischen Gesamtanlage gesehen und betrieben wird. Es geht darum, ernst zu machen mit dem *Systemwissen einer modernen Familienpolitik* als gesellschaftlicher Ordnungspolitik mit Querschnittscharakter.

8.) Es führt auch kein Weg daran vorbei, bei dem Konzept einer demographische Aspekte berücksichtigenden Familienpolitik die Ebene der für die Weitergabe des Lebens und die Übernahme von Elternverantwortung wichtigen persönlichen *Werthaltungen* und die eingetretenen Veränderungen mit in den Blick zu nehmen. Gerade hier ist für gesellschaftspolitische Ansätze sicherlich besondere Zurückhaltung geboten. Der einzelne darf nicht gesellschaftlich „vereinnahmt“ und auf seine „wahren Bedürfnisse“ von außen festgelegt werden. Hier muss das Spannungsverhältnis zwischen persönlichen Wertentscheidungen und individuellen Zielvorstellungen einerseits und demographischen Ordnungsvorstellungen

lungen auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene andererseits ausgehalten werden. Dabei sollte aber auch nicht die Möglichkeit außer Betracht gelassen werden, dass ökonomische und sozialstrukturelle familienbezogene Hilfen, richtig ausgestaltet, bewusstseinsbildend wirken können und damit mittelbar, aber durchaus nachhaltig die Ebene der individuellen Werteinstellungen erreichen.

9.) Gerade in einer die generativen Verhaltensweisen der einzelnen (Ehe-)Paare vor der Familiengründung und im Familienaufbau so sehr berührenden bevölkerungsbewussten Familienpolitik sind deren *Grenzen* und die Respektierung der persönlichen Wertorientierungen besonders zu beachten. Selbst wenn alle mit einer freiheitlichen Sozialordnung vereinbaren Ansatzpunkte einer auch demographisch akzentuierten Familienpolitik konsequent aufgegriffen werden, kann es fraglich sein, ob dies ausreicht, um gesamtgesellschaftlich befriedigende demographische Strukturen dauerhaft zu sichern. Und doch sind hier die grundlegenden individuellen Rechte (gerade auch der Frau) im generativen Feld zu beachten. Sie setzen als Gegenpol zu gesamtgesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen zur Bevölkerungsentwicklung eines Gemeinwesens wichtige Grenzen für politisches Handeln in der Verfolgung solcher gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen. Diese dürfen nicht *gegen* das umrissene grundlegende Recht der einzelnen Paare zu verwirklichen versucht werden. Maßnahmen, die die Freiheit der einzelnen Paare in ihrer generativen Entscheidung beeinträchtigen, können in unserer Sozialordnung nicht akzeptiert werden. *Hier würde der Rubikon zu einer Bevölkerungspolitik überschritten.*

10.) Zu der sich immer wieder stellenden Frage, was Familienpolitik im Feld des generativen Verhaltens überhaupt bewirken kann, bleibt festzuhalten: Bei einer Analyse der demographischen Wirkungen der Familienpolitik muss eigentlich unterschieden werden zwischen der tatsächlich betriebenen, recht unzulänglichen Familienpolitik, die im übrigen auch noch weithin durch Elemente bloßer "verbaler Politik" gekennzeichnet ist, und einem familien- und politikwissenschaftlichen Einsichten voll Rechnung tragenden

Familienpolitik-Profil, zu dem sich die Politik aber erst noch durchringen müsste. Diese Unterscheidung erscheint deshalb so wichtig, weil aus - im Einzelfall durchaus sorgfältig untersuchten - Befunden über die Wirkungen von einzelnen familienpolitischen Maßnahmen nicht selten auf die Wirkungen "der" Familienpolitik als solcher in ihren Möglichkeiten (und Grenzen) geschlossen wird. Einem solchen "Kurzschluss" Vorschub zu leisten wäre aber eine bedenkliche *Schwäche einer familienwissenschaftlichen Politikberatung*. Insofern steht also eigentlich der Test auf die demographischen Wirkungen einer vollentfalteten Familienpolitik noch aus. Freilich werden auch von einer solchen Politik keine spektakulären Erfolge in Gestalt rapide ansteigender Reproduktionsziffern erwartet werden können. Eine ausreichende Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit dieser Politik vorausgesetzt, lässt sich im übrigen die Bevölkerungsstruktur nur langfristig verändern. Das darf aber nicht zu dem Schluss verleiten, inzwischen nützten solche Maßnahmen ohnehin nichts mehr. Wenn in 25 - 30 Jahren wirklich eine demographische Stabilisierung unserer Gesellschaft erreicht werden sollte, setzt dies voraus, dass dafür schon *heute und morgen* die Vorbedingungen geschaffen werden. Es ist schon sehr spät - aber noch nicht zu spät.

Weiterführender Literaturhinweis:

- Zu einer sehr viel ausführlicheren Themenbehandlung siehe die Abhandlung des Verf. „Notwendigkeit, Möglichkeiten und Grenzen einer bevölkerungsbewussten Familienpolitik – ein erneutes Plädoyer -“, in: ders., Familienpolitische Denkanstöße - Sieben Abhandlungen -, Grafschaft 2001, S. 147 - 208. (Besprechung des Gesamtbandes vgl. „Sozialer Fortschritt“, H. 3/2002, S. 77 f.)
- Verwiesen sei auch auf das heute noch nachlesenswerte Gutachten des Arbeitskreises der Ges. f. Sozialen Fortschritt „Bevölkerungsentwicklung und nachwachsende Generation“, veröffentlicht 1980 als Bd. 93 der Schriftenreihe des BMJFG.

Max Wingen, Bonn

Was das neue Zuwanderungsgesetz will

Bundespräsident Johannes Rau hat am 20. Juni 2002 das umstrittene Zuwanderungsgesetz unterzeichnet. In diesem Zusammenhang beklagte er die Inszenierung im Bundesrat, die "dem Ansehen von Staat und Politik" Schaden zugefügt habe. Eine endgültige Entscheidung durch das Bundesverfassungsgericht hält er für "wünschenswert".

Das Zuwanderungsgesetz soll die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften steuern und die Zuwanderung begrenzen. Zugleich wird das Ausländerrecht in wesentlichen Punkten neu geregelt. Die humanitäre Aufnahme von Flüchtlingen und die Asylbedingungen werden klarer gefasst.

ZUZUGSBEGRENZUNG:

Das Gesetz dient "der Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern". Dabei sollen die Integrationsfähigkeit sowie die wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interessen berücksichtigt werden. Zugleich wird aber darauf verwiesen, dass Deutschland seine humanitären Verpflichtungen erfüllt.

ARBEITSMIGRATION:

Vorrang vor der Anwerbung von Ausländern haben die Qualifizie-

rung von Arbeitslosen und Ausländern, die bereits im Inland leben. Bei Engpässen auf dem Arbeitsmarkt müssen vor der Anstellung ausländischer Arbeitnehmer die Auswirkungen auf den gesamten Arbeitsmarkt geprüft werden. Die Arbeitsgenehmigung wird zusammen mit der Aufenthaltserlaubnis erteilt. Hoch qualifizierte können von Anfang an einen Daueraufenthalt erwerben.

FAMILIENNACHZUG: Der Kindernachzug von Ausländern nach Deutschland ist bis zum Alter von 18 Jahren möglich, sofern das Kind zusammen mit den Eltern einwandert, es ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache besitzt, Vater oder Mutter anerkannter Asylberechtigter oder politisch Verfolgter ist - oder zur Gruppe der hoch qualifizierten ausländischen Arbeitskräfte gehört. Für andere gilt eine Altersgrenze von 12 Jahren.

HUMANITÄRE AUFNAHME: Die Duldung wird abgeschafft.

Zur Zeit gibt es knapp 250 000 Duldungsinhaber, die meist bereits vor 1997 nach Deutschland gekommen sind. Neben Bürgerkriegsflüchtlingen zählten dazu bisher auch Opfer geschlechtsspezifischer und nichtstaatlicher Verfolgung. Letztere erhalten künftig einen garantierten Abschiebeschutz, was sie bei späterer Arbeitsaufnahme deutlich besser stellt.

AUSREISEPFLICHT: Wer wieder ausreisen muss, kann künftig in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt oder sogar verpflichtet werden, sich in speziellen Ausreisereinrichtungen aufzuhalten.

SOZIALELEISTUNGEN: Asylbewerber, die die Dauer ihres Aufenthaltes missbräuchlich in die Länge gezogen haben, sollen von den höheren Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz ausgeschlossen werden.

INTEGRATION: Im Aufenthaltsgesetz wird ein Mindestrahmen für staatliche Integrationsangebote festgesetzt. Dazu zählen Sprachkurse sowie Einführungen in Recht, Kultur und Geschichte Deutschlands.

ASYLVERFAHREN: Die aufenthaltsrechtliche Stellung von Ausländern, denen nach der Genfer Flüchtlingskonvention Abschiebungsschutz zuerkannt wurde, wird der von Asylberechtigten angeglichen. Die Asylverfahren sollen beschleunigt werden.

HÄRTEFALLREGELUNG: Nach der neu eingefügten Regelung kann auf Ersuchen einer Landesregierung in Ausnahmefällen ein Aufenthaltstitel erteilt oder verlängert werden, "wenn dringende humanitäre oder persönliche Gründe die weitere Anwesenheit des Ausländers im Bundesgebiet rechtfertigen".

Quelle: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,201670,00.html>

Das Mädchen wirkt so selbstbewusst, so dynamisch. Eine, die in New York leben könnte oder in London. Hongkong, sagt sie ganz lässig, wäre auch nicht schlecht. Das habe ihr sehr gut

gefallen, als sie dort mit ihren Eltern in Urlaub war. Steffi B. aber wohnt in der Nähe von Grimmen, einer kleinen Stadt im äußersten Nordosten Mecklenburg-Vorpommerns. Dort, wo die Arbeitslosigkeit hoch und das Land weit ist. „Hinter unserm Haus“, sagt die Gymnasiastin, „ist freies Feld, dann beginnt der Sumpf – was will ich hier?“ Es ist nicht die Natur pur, die Steffi B. so anödet. Es scheint etwas anderes in ihr zu nagen. Etwas, das lange nicht deutlich wird, so lange sie von den Fernreisen mit ihrem gut verdienenden Vater redet. Etwas, das schmerzen muss. Und das ihre Wegzugspläne hinaus in die weite Welt nicht wie einen Aufbruch erscheinen lässt, sondern wie eine Flucht.

18 Jahre alt ist das Mädchen mit dem braunen Pferdeschwanz, eine lebhaft, begabte junge Frau. Und doch kommen in ihr immer wieder diese Bilder hoch, von damals, als sie gerade elf war. Damals, da wartete ihre Mutter schon sehnsüchtig hinterm Fenster, wenn endlich der Schulbus nahte. „Sie war so glücklich, dass endlich wer nach Hause kam“, sagt Steffi und es klingt bitter. Steffis Mutter, eine Lehrerin, war arbeitslos. Ihrer Tochter hat sich das tief eingepägt. Die versteckte Verzweigung, die unnatürliche Konzentration auf die Familie, die Leere, die sie spürte und die ihre Mutter nie eingestanden hat. „Ich weiß: Das war die schlimmste Zeit ihres Lebens.“

Nie, nie will Steffi selbst so etwas erleben. „Dann gehe ich lieber gleich weg, als dass ich mir so was antue.“ Obwohl es ihren Eltern doch jetzt gut geht, wie sie immer wieder betont. Doch Steffi will nichts wie weg. Medizinische Physik studieren, in die Forschung gehen. Und das nicht im nahen Greifswald oder in Rostock. Sie will weit weg. Weg von dieser Angst, in einem Landstrich hängen zu bleiben, in dem sie das Gleiche erleben könnte wie ihre Mutter. In dem sie hilflos der Arbeitslosigkeit ausgeliefert ist, in der sie die Chancen verpasst, die es anderswo gibt. Nur eben nicht hier. Was Steffi und ihre Mitschüler umtreibt, ist nur auf den ersten Blick ein persönliches Problem. Auf den zweiten ist es der Exodus einer ganzen Generation. Abiturklassen ziehen geschlossen in den Westen, andere gehen spätestens nach dem Studium. Landstriche

In Grimmen wandern ganze Schulklassen in den Westen ab

Wo Altersheime die Zukunft sind

Von Annette Ramelsberger

entvölkern, Städte überaltern. Die Politik hat parteiübergreifend erkannt: Hier wird bald mangels Menschen auch noch der letzte Rest Wirtschaft zusammenbrechen. Ein Problem, für das niemand eine Lösung hat: Schröder nicht, Stoiber nicht, die PDS sowieso nicht.

Die jungen Leute haben in den letzten zehn Jahren eines mitgekriegt: Es bringt nichts, auf bessere Zeiten zu hoffen. Nichts, sich von ABM-Stelle zu ABM-Stelle zu hangeln. Es macht traurig, arbeitslos zu sein. Sie alle haben das erlebt: Johannes Mutter, die die Fenster zweimal am Tag geputzt hat, nur um beschäftigt zu sein. Maiks Mutter, die, obwohl gut ausgebildet, einen Aushilfsjob im Konsum-Laden angenommen hat, um sich aus der Eintönigkeit zu Hause zu retten. Oder Johannes Diesing, der seinem Vater skeptisch zusieht, wie der versucht, in Grimmen doch noch auf die eigenen Beine zu kommen.

„Es ist ein komischer Moment, wenn man fühlt, dass die Eltern blauäugiger sind als man selbst“, sagt der 20 Jahre alte Diesing, der gerade Abitur macht. Sein Vater war zu DDR-Zeiten beim Staat beschäftigt, danach nahm er ABM-Stellen an, jahrelang. Zeitweise war der ABM-Vergabe-Verein der größte Arbeitgeber der Gegend. Mittlerweile ist jeder Radweg angelegt, jedes Hinweisschild geschnitten, jede Ruhebänke aufgestellt. Eine Landschaft, mustergültig gepflegt durch Hunderte von ABM-Kräften. Nur schafft das keinen Wirtschaftskreislauf.

Johannes Diesings Vater hat vergebens versucht, sich selbständig zu machen. Die Ehe ging darüber kaputt, Johannes lebt bei seiner Mutter. Jetzt versucht der Vater wieder, wirtschaftlich Fuß zu fassen – mit einem Gemüsestand. Der Sohn sieht das mit einer Mischung aus Mitleid und Verzweiflung. Sicher, auch Johannes hängt an seiner Heimat. Aber er wird weggehen. Weil das doch nicht wirklich was bringt hier. Zumindest jetzt nicht. Vielleicht später.

Was das alles für die Stadt Grimmen bedeutet, ist nur bedingt in Zahlen zu beschreiben: Drei Kindergärten wurden in den letzten Jahren geschlossen, zwei Grundschulen und eine Realschule haben zugemacht. An der Wand im Zimmer von Bürgermeister Benno Rüter, 41, hängt eine Kurve – wie die Umsatz-Statistiken in den

Räumliche Bevölkerungsbewegung 1999 (Wanderungen) ¹			
Bundesländer Deutschland	Zuzüge über die Grenzen	Fortzüge über die Grenzen	Überschuss der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)
	Anzahl		
Deutschland	874 023	672 048	+ 201 975
Baden- Württemberg	151 727	121 471	+ 30 256
Bayern	143 997	127 535	+ 16 462
Berlin	48 804	42 594	+ 6 210
Brandenburg	21 736	13 774	+ 7 962
Bremen	7 024	6 540	- 484
Hamburg	23 311	16 994	+ 6 317
Hessen	75 899	66 778	+ 9 121
Mecklenburg- Vorpommern	7 588	5 191	+ 2 397
Niedersachsen	118 429	48 883	+ 69 546
Nordrhein- Westfalen	161 447	126 262	+ 35 185
Rheinland-Pfalz	41 552	42 960	- 1 408
Saarland	8 360	6 017	- 2 343
Sachsen	24 000	18 430	+ 5 570
Sachsen-Anhalt	12 382	8 925	+ 3 457
Schleswig-Holstein	17 835	14 410	+ 3 425
Thüringen	9 932	5 284	+ 4 648

¹ Einschließlich der Fälle, bei denen das Herkunfts- bzw. Zielland ungeklärt ist oder keine Angaben darüber vorliegen.
Quelle: <http://www.destatis.de/jahrbuch/jahrtab5.htm>

Chefetagen der Wirtschaft. Doch diese Kurve zeigt stetig nach unten und beschreibt einen sehr speziellen Umsatz: den von Menschen. Seit 1990 sind aus der früheren Erdölstadt 3000 Menschen abgewandert – mehr als 20 Prozent der Einwohner. 1990 hatte Grimmen 14242 Einwohner, 2001 waren es nur noch 11330. Grimmen ist eine jener Städte, die von der DDR künstlich ausgebaut wurden: Als dort 1964 die Erdölförderung begann, lebten gerade 8000 Menschen hier, danach zogen Tausende von Arbeitskräften zu. Schon 1985 wurde der Erdölbetrieb zurückgefahren, nach der Wende ganz eingestellt.

Die Arbeiter von damals finden in der industrieschwachen Gegend keine anderen Stellen. Der Bürgermeister sieht ziemlich klar, dass er die Jugend nicht halten kann. „Wer woanders 2500 netto im Monat kriegen kann, der soll es tun, der muss es tun. Wo soll ich die Argumente hernehmen, ihnen das auszureden?“ Rüter ist ein unorthodoxer Mann, ein umstrittener auch. Er will auf Teufel komm raus Investoren nach Grimmen locken, die erstarrte Stadt aufwecken – und wenn es mit Stockcar-Rennen ist oder mit Traktor-Pulling. Davon halten viele nichts. Aber der Mann verströmt Dynamik, eine brachiale zwar, aber nun ja. „Ich kann nicht um einzelne Personen kämpfen, ich muss hier die Zukunft aufbauen. Dann kommen die, die gehen, wieder zurück – oder andere“, sagt

Rüter, ständig fünf Dezibel zu laut.

Noch empfiehlt selbst das Arbeitsamt Grimmen, sich Jobs im Westen zu suchen. Maik Schuparis, ein großer schlaksiger Junge, hätte die Chance zu bleiben. Nach dem Abitur könnte er eine Stelle in dem Straßenbaubetrieb bekommen, wo sein Opa arbeitet. Da hat er auch schon oft gejobbt. Die Leute schätzen ihn, er könnte in der Arbeitsorganisation anfangen. Aber warum soll man als einziger hier bleiben? Wo doch eigentlich nur die Hauptschüler bleiben, vielleicht noch die aus der Realschule. Da fühlt man sich doch plötzlich ziemlich allein zuhause.

Die Kollegiaten aus dem Gymnasium Grimmen sehen sich schon als letzte Vertreter einer aussterbenden Spezies im Land zurückbleiben: als einzelne Junge unter lauter Alten. Ein Altersheim nach dem anderen werde gebaut, sagt Maik. „Vielleicht ist das hier die Zukunft. Das Altenheim von Deutschland.“ Dabei ist gerade Maik doch „ein Fischkopp durch und durch“, wie er sagt. Einer, der das flache Land braucht und gute Luft und seine Heimat. Der mit seiner Band „Proxy Error“ proben möchte und am Wochenende nach Stralsund in die Cocktailbar Brasil geht. „Das hier ist mein Platz“, sagt er. „Aber ich würde nicht alles dafür tun, um zu bleiben.“

Juliane Radike ist geblieben. 23 ist sie und für das Marketing der Stadt zuständig. Grimmen dreht auf. Ein neues Stadt-Logo, ein aufwendiges, großes Stadtheft, eine eigene Bürgerstudie hat sie gemacht. 200 Leute hat Radike mit Kollegen im Herbst befragt, auch 40 Jugendliche. Was sie eigentlich bräuchten, um doch hier zu bleiben. Und die meisten hätten erst mal gesagt, das bringe nichts, sie gingen ja sowieso weg. „Ich kam am Anfang überhaupt nicht an die ran“, sagt Radike. Dann hat sie ihren kleinen Bruder eingespannt, und endlich sprachen die Jugendlichen. „Die Arbeitsplätze waren nicht das Hauptanliegen“, sagt die Marketingfrau. „Es identifiziert sich einfach keiner mit Grimmen.“ Jetzt machen sie einmal im Monat Disco und ein Maifest. Und die Stockcar-Rennen sowieso. Bürgermeister Rüter will nach vorne schauen, in die Zukunft, nicht in die triste Gegenwart. „In zehn Jahren will ich die alte Einwohnerzahl wieder erreichen“, sagt er, zögert kurz, dann kommt es leiser: „Schreiben Sie: 15 Jahre.“

Quelle: *Süddeutsche Zeitung* vom 9.04.2002

Ein Land sucht Bürger

Das neue kanadische Einwanderungsgesetz will junge Menschen anlocken, die sich in den Arbeitsmarkt integrieren können
Von **Bernadette Calonago**

Vancouver – Wenn der Kanadier Les Alm hört, dass sein Land die höchste Einwanderungsrate der Welt hat, ist ihm das ein schlechter Trost. Les Alm ist Bürgermeister des Prärie-Dorfes Allan in der Provinz Saskatchewan. „Vor 25 Jahren lebten in Allan rund tausend Menschen, heute sind es noch knapp 700“, sagt er. Allan ist eine der vielen Siedlungen in der kanadischen Prärie, die gegen ihre Entvölkerung kämpfen. Von den 220000 Einwanderern, die im vergangenen Jahr nach Kanada kamen, ließ sich kein einziger in Allan nieder.

Anderswo schon: Drei von vier Immigranten leben in den Städten

Vancouver, Toronto oder Montreal. Kanada braucht Einwanderer – sonst bricht der Arbeitsmarkt des Landes zusammen. Derzeit stellen Immigranten bereits 75 Prozent des nötigen Zuwachses im dünn besiedelten Kanada. Im Jahre 2011 sollen es 100 Prozent sein. Kanadas Bevölkerung wächst viel zu langsam, um genügend eigene Arbeitskräfte zu stellen. Durchschnittlich bekommt eine Kanadierin 1,5 Kinder. Um das Bevölkerungswachstum aufrecht zu erhalten, braucht das Land aber eine Geburtenrate von 2,1. Im Jahr 2031 wird daher das gesamte Bevölkerungswachstum von Immigranten kommen.

Kanada ist ein beliebtes Ziel. Die Behörden werden von Einwanderungsgesuchen überschwemmt: Derzeit wartet eine halbe Million Immigrationswilliger auf ihre Überprüfung. „Wir bieten Sicherheit, Lebensqualität und ein Land, in dem sich die Menschen respektieren“, sagt Susan Scarlett vom Einwanderungsministerium in Ottawa.

Rassistische Benachteiligung

Der Staat kann sich diejenigen Immigranten aussuchen, die das Land gerade braucht. Die Kanadier haben ein Punkte-System entwickelt, das Einwanderer vor allem nach Ausbildung, Sprachkenntnissen, Vermögen, beruflicher Erfahrung und der Frage, ob man ein Arbeitsangebot aus Kanada hat, bewertet. Bislang wurde ins Land gelassen, wer 70 von maximal 100 Punkten erreichte. Eine Studie ermittelte jedoch Schwächen dieses Systems: In den vergangenen 20 Jahren ging das Einkommen von Einwanderern zurück, und deutlich mehr Immigranten als früher fanden keine Arbeit. Dafür machen die Verfasser der Studie einerseits rassistische Benachteiligung verantwortlich, aber auch die Tatsache, dass berufliche Qualifikationen von Immigranten in Kanada oft nicht anerkannt werden.

Jetzt will das Einwanderungsministerium das Punktesystem neu gewichten, um die Auswahl von Immigranten noch effizienter zu machen. Je höher die Ausbildung, desto willkommener sind Einwanderer. Sie müssen Englisch oder Französisch beherrschen. Bislang gab es eine Liste von Berufen, für die man Leute in Kanada brauchte. Wenn man einen anderen Beruf hatte, war man chancenlos. Diese Liste wird nun aufgegeben. Entscheidend ist nun die Fähigkeit, in Kanada Arbeit zu finden. Wer schon einmal in Kanada gelebt oder studiert hat und nicht älter als 44 Jahre ist, liegt gut im Rennen. „Wir wollen Immigranten, die in Kanada sofort Arbeit finden, sich selber unterstützen und gleich loslegen können“, sagt Scarlett vom Einwanderungsministerium.

Andrew Wlodyka, ein Spezialanwalt in Vancouver, formuliert es härter: „Die Regierung ist nicht daran interessiert, Geld für die Integration von Einwanderern auszugeben.“ Wlodyka findet es legitim, dass Ottawa in „kaltblütigem nationalem Interesse“ handelt. Er hält die neuen Richtlinien für transparenter und objektiver als das alte Gesetz. Sein Kollege Peter Wong in Calgary sagt: „Im Allgemeinen wird die Immigration schwieriger. Die Regierung will die Besten aus jedem Land.“

Das kanadische Parlament ratifizierte das neue Gesetz in seinen Grundzügen im vergangenen November. Seither werden die einzelnen Richtlinien bei Anhörungen der Öffentlichkeit vorgelegt. Manche geplanten Änderungen lösten Entrüstung aus. Die bis vor

kurzem amtierende Einwanderungsministerin Elinor Caplan wollte das neue System, das 80 anstelle von 70 Punkten verlangt, auch auf jene Kandidaten in der Warteschlange anwenden, die sich noch unter dem alten Gesetz um die Immigration beworben hatten. Der neue Minister Denis Coderre ließ diese Ungerechtigkeit fallen. Derzeit gibt es eine Übergangsfrist für wartende Bewerber, für die immer noch 70 Punkte gelten.

Weißer Kragen bevorzugt

Heftig kritisiert wurde im ganzen Land, dass „White Collar Workers“, also Manager, Akademiker und Büroangestellte, mit dem neuen System bevorzugt werden sollten. Als Reaktion auf die Kritik wurde das neue Punktesystem angepasst: Kanada kann es sich nicht leisten, gut ausgebildete Fachkräfte und tüchtige Arbeiter abzuschrecken. Solche Facharbeiter, Geschäftsleute, Unternehmer und Investoren machen den Löwenanteil der Immigranten aus. Im Jahr 2000 waren es fast 60 Prozent der 226000 Zugezogenen. 27 Prozent waren Familienmitglieder von schon Eingewanderten, und rund 13 Prozent waren Flüchtlinge.

Für begehrte Fachleute wie Computer-Spezialisten gibt es Programme, die eine Immigration beschleunigen. Doch ausländische Diplome und Abschlüsse von Universitäten und Fachschulen werden in Kanada oft nicht anerkannt. Dafür sind die einzelnen Provinzen verantwortlich, die dem Protektionismus von Berufsorganisationen nicht entgegenwirken.

Die Immigranten können nicht Zehntausende von gut ausgebildeten Kanadiern ersetzen, die jedes Jahr wegen der besseren Löhne und Arbeitsbedingungen in die USA ziehen. Kanada, sagt Anwalt Wlodyka, brauche auch mehr Einwanderer aus europäischen Ländern, die sich leicht integrieren. Im Jahr 2000 kam jeder dritte Immigrant aus China, Indien oder Pakistan. Das neue Gesetz wird die Entvölkerung der Prärien nicht stoppen. Das Dorf Allan bietet deshalb inzwischen Steuervorteile für Zuwanderer, die dort ein Haus bauen.

Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 27.03.2002

Hohe Arbeitslosigkeit trotz schrumpfender Bevölkerung

Deutschland-Report des Prognos-Instituts 2002 bis 2020 / Steigende Lohnnebenkosten / Osten verliert jeden zehnten Einwohner

N.P. **München** – Trotz sinkender Bevölkerungszahlen bleibt die Arbeitslosigkeit in Deutschland noch auf Jahrzehnte auf hohem Stand. Dies ist das Ergebnis des neuesten Deutschland-Reports, den das Baseler Prognos-Institut alle vier Jahre veröffentlicht. In den nächsten zehn Jahren wird danach die registrierte Arbeitslosigkeit auf 8,2 Prozent sinken, trotzdem werden auch 2010 noch 3,5 Millionen Arbeitslose gemeldet sein. Im Jahr 2020 werden nach der Prognose bei einer Quote von 6,6 Prozent noch 2,7 Millionen Arbeitslose gemeldet sein.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik werde bis 2020 um rund eine Million Menschen zurückgehen, hat Prognos weiter herausgefunden. Der Anteil der über 64-Jährigen bezogen auf die Erwerbstätigen werde von heute 27 auf 37 Prozent 2020 steigen. Mit einer dra-

matischen Bevölkerungsentwicklung rechnet Prognos für die neuen Bundesländer. Bis 2020 werde die Zahl der Einwohner dort um 1,2 Millionen sinken; fast jeder zehnte Ostdeutsche fehle dann. Ursachen seien die anhaltende Abwanderung in den Westen, die niedrige Geburtenrate und die, im Verhältnis zum Westen, geringe Zuwanderung aus dem Ausland. Bis 2020 werde die Zahl der unter 65-Jährigen im Osten um zwei Millionen (18 Prozent) abnehmen, die Zahl der Älteren um 0,8 Millionen (35 Prozent) steigen. Zu den Konsequenzen schreibt Prognos: „Hätten die neuen Länder eine eigenständige Rentenversicherung, müssten dort heute rechnerisch 100 Personen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren 27 Rentner ernähren. Im Jahre 2020 wären es 44 Rentner.“

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland sei vorwiegend struktureller Natur, schreibt das Prognos-Institut weiter. Dies zeige sich im zunehmenden Mangel an qualifizierten Fachkräften. „In vielen Bereichen erkennen die Unternehmen bereits heute, dass es zunehmend schwieriger wird, aus Altersgründen ausscheidendes Personal durch qualifizierte Neueinstellungen zu ersetzen.“ Aufgrund der demographischen Entwicklung werde sich der Wettbewerb der Unternehmen um junge, leistungsfähige Mitarbeiter drastisch verschärfen. Das Problem könne nur über „effektive Aus- und Weiterbildungsstrategien“ gelöst werden.

Durch die Bevölkerungsentwicklung werde Arbeit langfristig teurer, schreibt das Prognos-Institut weiter. Der langfristige Rückgang des Arbeitskräftepotenzials werde die Verhandlungsposition der Gewerkschaften stärken und das Lohnniveau insgesamt anheben. Außerdem sei mit steigenden Lohnnebenkosten zu rechnen. Die Beiträge von Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung würden von heute 40,9 Prozent auf 41,5 Prozent (2010) und 43,2 Prozent (2020) steigen. Beim letzten Deutschland-Report 1998, also vor der Rentenreform der Bundesregierung, hatte Prognos noch mit 42,9 Prozent (2005) und 43,7 Prozent (2020) gerechnet. Der Zahlenvergleich zeigt, dass die Rentenreform zwar Wirkung gezeigt hat, dass diese Wirkung aber vor allem zeitlich sehr begrenzt bleiben wird.

Prognos erwartet, dass die deutsche Wirtschaft bis 2020 um jährlich 1,9 Prozent wachsen wird.

Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 20.6.2002

Schlussbericht der Enquete-Kommission: Demographischer Wandel - Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik

Mit der Vorlage des Schlussberichtes (BTDr. 14/8800, 304 Seiten) findet die parlamentarische Arbeit von fast zehn Jahren in drei Wahlperioden zum Thema "Demographischer Wandel" ihren Abschluss.

Er enthält Analysen, Bewertungen und Handlungsempfehlungen, u.a. zu den Themenbereichen Generationenverhältnis, Arbeit und Wirtschaft, Migration und Integration, Alterssicherung, Gesundheit, Pflege und soziale Dienste.

- Bericht als PDF-Datei, z.B. unter:
http://www.ursula-heinen.de/berlin/nachrichten/sonstiges/enquete_demographischer_wandel.pdf
- Schriftliche Bestellungen (zum Preis von 18,60 EUR, zzgl. Porto) direkt an den Bundesanzeiger, per Fax (02 28) 382 0844 oder per eMail: parlament@bundesanzeiger.de

Zur Entwicklung von Eheschließungen und Ehelösungen, Altersstruktur der Heiratenden und nichtehelich Lebendgeborenen in Bayern

In den Jahren 1999 und 2000 veröffentlichte Prof. Gröner in der Monatsschrift "Bayern in Zahlen", herausgegeben vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München, drei inhaltlich zusammengehörige Aufsätze, die sich mit der Entwicklung von Eheschließungen und Ehelösungen befassten.

- Gerhard Gröner: "Zur Entwicklung von Eheschließungen und Ehelösungen in Bayern", in Bayern in Zahlen, Heft 4/1999, S. 133 - 145;
- Gerhard Gröner: "Zur Entwicklung des Heiratsalters und des Altersunterschieds bei Eheschließungen in Bayern", in Bayern in Zahlen, Heft 10/1999, S. 449-454;
- Gerhard Gröner: "Nichtehelich Lebendgeborene in Bayern", in Bayern in Zahlen, Heft 4/2000, S. 156-161.

Nachfolgend seien einige Ergebnisse aus diesen drei Beiträgen zusammengestellt.

Ehe und Familie gelten als wichtige Bausteine unserer gesellschaftlichen Ordnung. Durch ihre rechtliche Festlegung bieten sie für Eltern und Kinder eine verlässliche Basis ihres Lebens. Das Aufziehen und Erziehen der Kinder und ihr Vorbereiten auf ihre spätere Rolle in Leben und Gesellschaft obliegen weit überwiegend den Familien. In einer guten Ehe können die Ehepartner sich gegenseitig fördern und unterstützen und manche Krankheit oder Notlage gemeinsam weit besser meistern als allein. Diesen wichtigen Funktionen entsprechend betont das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in Artikel 6, dass Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stehen.

Die Entwicklungen bei den Heiraten, den Ehelösungen und Ehescheidungen werden in der Öffentlichkeit mit wachsendem Interesse verfolgt. Der Verfasser der oben genannten Beiträge, apl. Professor für Bevölkerungswissenschaft an der Universität Stuttgart-Hohenheim und früherer Abteilungsleiter Bevölkerungsstatistik im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, hat in guter Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung in drei inhaltlich zusammengehörigen Beiträgen die Entwicklung von Eheschließungen und Ehelösungen in Bayern dargestellt. Ergänzend wurden Daten für ausgewählte andere Bundesländer und das Bundesgebiet einbezogen.

Lange schien es als selbstverständlich, dass fast alle das Heiratsalter erreichenden Personen heiraten und dass die große Mehrzahl der Kinder im Rahmen von Ehen auf die Welt kommt. Doch sind die Zahlen der Eheschließungen in Bayern nach hohem Stand von jährlich rund 90.000 Heiraten um das Jahr 1960 stark abgesunken; 1997 wurden noch 65.000 Heiraten registriert.

Stark oder schwach besetzte Jahrgänge im Haupt-Heiratsalter, wie sie in unserer unregelmäßigen Altersgliederung oft rasch aufeinander folgen, können zu demographisch bedingten Veränderungen der Heiratszahlen führen. Auch eine starke Zuwanderung junger Leute wie in Bayern und Baden-Württemberg kurz vor dem Bau der Mauer oder nach deren Fall führt in den Folgejahren zu mehr Heiraten.

Doch auch die Einstellung vieler junger Leute zu Ehe und Heirat

hat sich geändert. Die Heiratsneigung ist aus vielschichtigen, oft nur schwer erfassbaren Gründen deutlich zurückgegangen. Vor allem im jüngeren Alter sind die Heiratsziffern dramatisch abgesunken. So belief sich die Heiratshäufigkeit im Jahr 1997 im Alter 20 bis unter 25 Jahre bei den Männern nur noch auf ein Fünftel und bei den Frauen auf ein Viertel des Standes von 1970. Im mittleren Alter etwa ab dem Alter 30 - ist die Heiratsneigung weniger zurückgegangen oder hat sich in etwa stabilisiert, doch gleicht dies die Abnahmen im jüngeren Alter nicht aus. Viele Personen leben zunächst in einer Partnerschaft zusammen und heiraten erst später, und eine wachsende Zahl heiratet gar nicht. Auch ist der Anteil der Erst-Ehen, bei denen beide Partner vor der Heirat ledig waren, auf knapp 70 % der Heiraten gesunken. Dagegen stieg der Anteil der Ehen, bei denen zumindest einer der Partner vor der Heirat geschieden war, an.

Speziell in der jüngeren Bevölkerung wird das Heiraten nicht mehr als selbstverständlich gesehen. Zusätzlich erschwert die geforderte und geförderte berufliche Mobilität die Begründung von dauerhaften Beziehungen, da nie sicher ist, ob der Partner am neuen Wirkungsort ebenfalls eine adäquate Stelle bekommt und ob die Kinder im neuen Schulsystem nahtlos weiterkommen.

Ehen können durch Tod eines Partners oder durch Scheidung gelöst werden. Im Jahr 1997 gingen in Bayern 47 % der Ehelösungen auf Tod des Mannes, 18 % auf Tod der Frau und 35 % auf gerichtliches Urteil zurück; die Ehelösungen durch Tod des Mannes überwiegen, da die Männer eine kürzere Lebenserwartung haben und zudem in der Ehe meist der Ältere sind. Die Zahlen der Ehelösungen durch Tod sind derzeit relativ niedriger, weil schwach besetzte Jahrgänge im höheren, der Sterblichkeit stark ausgesetzten Alter stehen. Wegen der gestiegenen Lebenserwartung leben die Ehepaare, falls die Ehe nicht durch Scheidung endet, heute deutlich länger zusammen als früher. Die Ehepartner sind gefordert, die sich im Lauf der Jahrzehnte wandelnde Ehe immer wieder mit Inhalt zu füllen. Dagegen sind die Zahlen der Ehescheidungen in den letzten Jahrzehnten angestiegen. Das neue Scheidungsrecht brachte nur einen kurzen Rückgang, der darauf zurückging, dass die Familiengerichte sich in die neue Materie einarbeiten mussten. Auf längere Frist dürfte aus heutiger Sicht etwa ein Drittel aller Ehen vor dem Scheidungsrichter enden.

Zunehmend werden auch in Bayern mehr Ehen durch Tod eines Partners oder Scheidung gelöst als neu geschlossen. Der Rückgang der Heiratsneigung und die steigende Zahl von Ehescheidungen führen dazu, dass der Anteil der Verheirateten vor allem in der jüngeren Bevölkerung sinkt. Der Anteil erwachsener nichtverheirateter Personen nimmt zu. So ging in Bayern im Alter 30 bis unter 35 Jahre der Anteil der Verheirateten von 1970 auf 1997 bei den Männern von 80 auf 52 % und bei den Frauen von 86 auf 66 % zurück. Die Folgen für die Gesellschaft und die familien- und sozialpolitischen Konsequenzen sind noch nicht hinreichend ausgelotet. Ein wachsender Teil der Geborenen kommt nicht mehr in einer Ehe auf die Welt. Es spricht manches dafür, dass diese Entwicklungen ihren Endpunkt noch nicht erreicht haben. Manche Sozialwissenschaftler sprechen von einem Prozess der "Entheiratung" der Bevölkerung.

Die Entwicklungen von Eheschließungen und Ehelösungen in

Bayern und Baden-Württemberg verlaufen weitgehend parallel, diesbezüglich können diese beiden Länder fast als einheitlicher Bevölkerungsraum bezeichnet werden, wogegen andere Bundesländer oft abweichende Strukturen zeigen. Der Vergleich mit Bundesländern in Ostdeutschland ist schwieriger, weil dort in manchen Entwicklungen der Einfluss der damaligen DDR und Probleme und Unsicherheiten der Vereinigung zum Ausdruck kommen. Doch erweist sich erneut, dass bei der Darstellung der Entwicklung in einem Bundesland Seitenblicke auf Tendenzen in benachbarten Bundesländern charakteristische Strukturen besser zu erkennen helfen.

Mit dem Rückgang der Zahl der Eheschließungen in Bayern in den letzten Jahren waren interessante Entwicklungen im Heiratsalter verbunden. In der unmittelbaren Nachkriegszeit war das mittlere Heiratsalter relativ hoch, danach sank es deutlich ab. Um 1970/75 war es üblich, in relativ jungem Alter zu heiraten, das mittlere Heiratsalter lag bei den Männern bei 28 und bei den Frauen bei 25 Jahren. Inzwischen ist jedoch das mittlere Heiratsalter zügig und deutlich wieder angestiegen. Im Durchschnitt heiratete 1997 in Bayern ein Mann im Alter von 33 und eine Frau im Alter von 30 Jahren.

Eine Aufgliederung der Heiraten nach der Kombination des Alters von Mann und Frau zeigt, dass 1970 die Heiraten stark auf einen kleinen, verhältnismäßig jungen Altersbereich der Männer und Frauen konzentriert waren. Im Jahr 1997 lagen die Heiratsalter generell höher, auch sind die Heiraten weniger auf bestimmte Altersbereiche massiert, sondern streuen breiter.

Eine Auswertung der Heiraten nach dem Altersunterschied der Ehepartner erweist, dass Heiraten, bei denen der Mann älter ist, mehr als 70 % aller Eheschließungen ausmachen. Die etwas älteren Männer neigen manchmal dazu, eine deutlich jüngere Frau zu heiraten. Doch ist insgesamt gesehen von 1970 auf 1997 der Anteil der Eheschließungen, bei denen die Frau gleich alt oder älter als der Mann war, leicht angestiegen. Es wäre reizvoll, den Altersunterschied der Partner einerseits bei den Heiraten und andererseits bei den Scheidungen zu vergleichen. Leider bestehen hier statistische Zuordnungsprobleme, doch lässt sich gesichert sagen, dass Ehen, bei denen die Frau deutlich älter als der Mann ist, eine überdurchschnittliche Scheidungshäufigkeit aufweisen.

Eine Folge der gesunkenen Heiratsneigung und des geringeren Anteils verheirateter Paare sind Veränderungen in Zahl und Anteil der nichtehelich geborenen Kinder. Diese Entwicklungen werden mit Aufmerksamkeit verfolgt, doch hat sich der Blick der Betrachtung in den letzten Jahrzehnten gewandelt. Galt früher ein hoher Anteil nichtehelicher Kinder als Zeichen einer problematischen moralischen Verfassung der Bevölkerung, so stehen heute Fragen der gleichberechtigten Lebenschancen aller Kinder, seien sie ehelich oder nichtehelich geboren, im Vordergrund.

Nach Überwindung der Wirren der Nachkriegszeit waren Zahl und Anteil nichtehelich Lebendgeborener in Bayern auf einen tiefen Stand zurückgegangen, stiegen jedoch in den letzten Jahren kontinuierlich wieder an. So kamen in Bayern 1970 rund 7 %, 1998 aber über 15 % der Lebendgeborenen nicht im Rahmen einer Ehe auf die Welt. Im Anteil der nichtehelich Geborenen bestehen innerhalb des Landes Bayern regionale Unterschiede. Noch größere

Unterschiede gibt es zwischen den Ländern des Bundesgebiets; die Anteile in den Stadtstaaten liegen generell höher, in den neuen Bundesländern entfielen 1998 über 47 % auf nichtehelich Lebendgeborene, in Mecklenburg-Vorpommern war bei mehr als der Hälfte der Lebendgeborenen die Mutter nicht verheiratet. Dies und die hohen Anteile nichtehelich Geborener etwa in Skandinavien lassen vermuten, dass auch in Bayern der Anteil nichtehelich Geborener noch steigen könnte.

Die Mütter der nichtehelich Geborenen sind heute in Bayern deutlich älter als in früheren Jahrzehnten. Dies mag andeuten, dass nichteheliche Geburten heute weniger ein Problem unerfahrener junger Mütter sind, sondern dass es sich häufig um gewünschte Kinder handelt. Abschließend werden Verknüpfungen zwischen den Zahlen der nichtehelich Geborenen und der Alleinerziehenden aufgezeigt. Ein Teil der nichtehelich geborenen Kinder wächst dank nachträglicher Heirat der Eltern in einer traditionellen Familie auf. Andererseits werden Kinder durch Tod eines Elternteils oder Scheidung der Eltern auf einen Elternteil beschränkt. Die sogenannten Alleinerziehenden sind meist Frauen. Aus dem dominierend weiblichen Umfeld - Mutter, weibliche Kindergärtnerin, weibliche Grundschullehrerin, weit überwiegend auf Mädchen ausgerichtete Hilfs- und Beratungsorganisationen - können nun aber vor allem für die kleinen Jungen Probleme der Rollenfindung erwachsen.

Einige Ergänzungen zur aktuellen Entwicklung

Die oben genannten Beiträge erschienen in den Jahren 1999 und 2000. Zur Zeit ihrer Abfassung stand Datenmaterial bis zu den Jahren 1997 / 1998 zur Verfügung. In den Folgejahren haben sich in Bayern die aufgezeichneten Entwicklungslinien fortgesetzt und zum Teil sogar beschleunigt. So wurden im Jahr 2000 nur noch 63.038 Eheschließungen registriert. Diesen standen 47.816 Ehelösungen durch Tod gegenüber, davon 34.463 durch Tod des Mannes und 13.353 durch Tod der Frau. Weitere 27.250 Ehen, das sind 36 % aller Ehelösungen, endeten durch Scheidung. Die Scheidungszahlen sind demnach erneut deutlich angestiegen. Insgesamt gab es im Jahr 2000 in Bayern 75.066 Ehelösungen. Die Ehelösungen überwogen damit die Eheschließungen um 12.028 Fälle. Aus Eheschließungen und Ehelösungen - ohne Berücksichtigung der Wanderungsbewegung - hat somit auch im Jahr 2000 die Zahl der bestehenden Ehen in Bayern abgenommen.

Das mittlere Heiratsalter in Bayern ist weiter angestiegen. Im Durchschnitt heiratete im Jahr 2000 ein Mann im Alter von 34,6 und eine Frau im Alter von 31,4 Jahren. Offenkundig geht die Heiratsneigung weiter zurück. Die Personen, die überhaupt heiraten, tun dies erst in höherem Alter als früher, und viele Ehen werden nach oft schon kurzer Zeit geschieden.

Dies hat Rückwirkungen auf die Geburtenzahlen. Im Jahr 2000 wurden in Bayern noch 120.765 Lebendgeborene registriert - das sind fast 10.000 weniger als nur drei Jahre zuvor! Der Anteil der nichtehelich geborenen Kinder erreichte 17,9 % - im Jahr 1997 waren es noch 13,7 %. (Aktualisierung Mai 2002)

Nähere Informationen zu den Veröffentlichungen des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung, München, finden sich im INTERNET unter: <http://www.bayern.de/LFSTAD>

Gerhard Gröner, Stuttgart

Termine

11. Juli - 12. Juli 2002

Jahrestagung der DGD in Rostock zum Thema:
"Lebenserwartung und Mortalität"

11. Juli 2002, 18 Uhr

Mitgliederversammlung der DGD
in der Universität Rostock, WiSo-Fakultät

10. Oktober 2002

Tagesveranstaltung der DGD in Konstanz zum Thema
„Regionale Bevölkerungsdynamik“
im Rahmen der Statistischen Woche 2002
der Deutschen Statistischen Gesellschaft (DStatG) und
des Verbandes Deutscher Städtestatistiker (VDSSt)

10. Oktober - 11. Oktober 2002

Tagung des Arbeitskreises
"Migration - Integration - Minderheiten" der DGD zum Thema
„Migration - Integration - Minderheiten“
Tagungsort: Universität Leipzig, Seminargebäude

24. Oktober - 25. Oktober 2002

Tagung des Arbeitskreises
„Bevölkerungswissenschaftliche Methoden“ der DGD zum Thema
„Demographische Grunddaten“
Tagungsort: BIB Wiesbaden

Max Wingen

Familienpolitische Denkanstöße - sieben Abhandlungen

erschieden als Band 1 der wissenschaftlichen Reihe
„CONNEX - gesellschaftspolitische Studien“ des Zentralinstituts
für Ehe und Familie in der Gesellschaft
der Universität Eichstätt-Ingolstadt, Herausgeber André
Habisch, 292 Seiten, 22 Euro, ISBN 3-929304-40-6

Weitere Informationen unter www.vektor-verlag.de

IMPRESSUM

Die Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Demographie e.V. (DGD) erscheinen im unregelmäßigen Abstand, ein- bis zweimal jährlich. An die Mitglieder der DGD werden Sie kostenlos versandt.

Herausgeber:

Deutsche Gesellschaft für Demographie e. V.
Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik (IBS)
der Universität Bielefeld; Postfach 100 131; 33501 Bielefeld

Bankverbindung:

Deutsche Bank 24, BLZ: 13070024, Konto-Nr.: 1230077

Redaktion und Layout:

Dr. Förster, Matthias; Dr. Maretzke, Steffen
eMail: DGDmail@gmx.de

Die Redaktion freut sich über Beiträge, über Informationen zu zurückliegenden oder künftigen Veranstaltungen u.a., behält sich aber ihre redaktionelle Unabhängigkeit vor.

Beiträge für die Mitteilungen können direkt an die Redaktion: **Dr.**

Matthias Förster, Waldhöhe 7, 15834 Rangsdorf
Tel (dtl.): 0331/2891 253/52

Dr. Steffen Maretzke, Landgrabenweg 5, 53343 Wachtberg
Tel (dtl.): 01888 4012 326

gesandt werden, möglichst als WORD- oder ASCII-Datei. Die Beiträge liegen in der alleinigen Verantwortung der Autoren.